

metall



Nr. 3

März 2006
Jahrgang 58
D 4713

D a s M o n a t s m a g a z i n



Betriebsratswahlen

IG Metall-Kandidaten stärken

Frauentag

Kämpfen lohnt sich



Berthold Huber,
Zweiter Vorsitzender
der IG Metall

Foto: Renate Schildheuer

»Nicht Verzicht, sondern Sicherheit schafft Wachstum. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat das unterstrichen: »Die Menschen müssen für gute Arbeit gutes Geld verdienen und es dann auch ausgeben können.«

Die IG Metall befindet sich mitten in der Tarifrunde 2006. Unsere Forderungen sind klar: Fünf Prozent mehr Entgelt und Ausbildungsvergütung. Die vermögenswirksamen Leistungen – von den Arbeitgebern nicht verlängert – müssen wieder tarifvertraglich verankert werden. Und wir brauchen einen Tarifvertrag für Qualifizierung und Innovation. Die deutsche Wirtschaft lebt nicht von Rohstoffen, sondern von Bildung. Nur so sind die Arbeitsplätze von morgen und übermorgen zu sichern.

Die ersten Kommentare der Metallarbeiter waren üblich: »Zu hoch, jenseits der Realitäten ...«. Dagegen erkennen immer größere Teile der Öffentlichkeit: Nicht Verzicht, sondern Sicherheit schafft Wachstum. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat das unterstrichen: »Die Menschen müssen für gute Arbeit gutes Geld verdienen und es dann auch ausgeben können.«

Die Fakten bestätigen unsere Forderungen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung in Deutschland und die von den Wirtschaftsinstituten prognostizierte Inflationsrate werden 2006 zusammen vier Prozent betragen. Die Situation der Metallwirtschaft ist noch günstiger: Etwa fünf Prozent Produktivitätssteigerung, dazu höhere Absatzpreise und im Durchschnitt glänzende Ertragsaussichten. Fünf Prozent mehr Entgelt, das ist eine faire und angemessene Forderung für die Metall- und Elektroindustrie.

Die Argumente sprechen also für uns. Darum versucht es Gesamtmetall jetzt frei nach dem Motto »Lohn der Angst«. 400 000 Arbeitsplätze in der deutschen Metallbranche sollen wegen unserer Forderung akut von der Verlagerung ins Ausland bedroht sein – also

jeder achte Job. Diese Zahlen sind völlig aus der Luft gegriffen. Das ist der unanständige Versuch, Arbeitnehmer einzuschüchtern und ihnen mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze zu drohen.

Wie Gesamtmetall rechnet, zeigt ein Blick auf 2005. Seit der Tarifierhöhung im März 2005 sollen in der Metall- und Elektroindustrie »schätzungsweise 50 000 Jobs verloren« gegangen sein – das behauptet jedenfalls Gesamtmetall. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat im November 2005 nachgezählt: Genau 3,414 Millionen Menschen waren in der Branche beschäftigt. Das sind nicht weniger, sondern 2000 mehr als im März 2005. Wer jetzt die Beschäftigten mit Schreckensszenarien verunsichert, ignoriert nicht nur die Fakten. Menschen, die Angst haben, sparen ihr Geld und geben es nicht aus. Die Nachfrage wird in unserem Land dadurch weiter abgewürgt. Dabei liegt sie bereits am Boden, obwohl wir gleichzeitig Exportweltmeister sind.

Wir halten uns an die Fakten. Die IG Metall ist immer bereit, sachliche Verhandlungen zu führen und Tarifabschlüsse zu vereinbaren, die gut für die Menschen und gut für die Arbeitsplätze sind. Von Drohungen und Angstszenarien lassen wir uns aber nicht einschüchtern. Damit muss endlich Schluss sein.

Berthold Huber

Betriebsratswahlen

Vom 1. März bis zum 31. Mai werden in diesem Jahr die Betriebsräte gewählt. Wie wichtig Betriebsräte mit einer starken IG Metall im Rücken sind, zeigt das Beispiel Mann + Hummel.

Seite 16



Foto: transi-Berlin / v. Polentz



Foto: attentione / Gelsheimer

EU-Dienstleistungsrichtlinie

In Berlin und Straßburg (Foto) demonstrierten über 85 000 Menschen Mitte Februar gegen Dumpinglöhne und Ausbeutung der Tarifverträge durch die EU.

Seite 4

Aus der Redaktion

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Für die Redaktion Anlass, auf acht Sonderseiten die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft zu beschreiben. Vieles hat sich im Laufe der Zeit für die Frauen verändert, aber immer noch ist es ein weiter Schritt zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. ◀

Seit dem 20. Januar streikt die Belegschaft bei AEG in Nürnberg. **metall** hatte darüber berichtet. In dieser Ausgabe beschreibt eine Reportage von **metall**-Redakteur Fritz Arndt die Stimmung der Streikenden, ihre Sorgen, ihre Hoffnungen und Wünsche. Die Kolleginnen und Kollegen werden so lange durchhalten, bis es zu einer für alle akzeptablen Lösung kommt. Für ihren bewundernswerten Kampf erfahren sie nicht nur die Solidarität aller Gewerkschaften, sondern auch Unterstützung aus der ganzen Bundesrepublik. ◀

Editorial

Bertold Huber: Sicherheit schafft Wachstum 2

Magazin

EU-Dienstleistungsrichtlinie 4

Mahle: Kurs auf Fläche 5

Titel

Tarifrunde 2006:
Wir sind zum Kämpfen bereit 8

Menschenrechte

Zwangsprostitution 14

Betriebsreport

Airbus Nordenham 14

Betriebsratswahl

Wählen gehen: Jede Stimme zählt. 16

Rente

Versicherungen als Gewinner 18

Frauen extra

Schön wär's, wenn's schön wär I bis VII

Reportage

Streik bei AEG 19

Porträt

Zu Besuch bei
Ralf Bremer 22

Ratgeber

Vermögenswirksame Leistungen 24
Das politische Buch 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonom

Rainer Flassbeck: Höherer Lohn, bessere Konjunktur. . 30

Regionales

Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35
Impressum/Leserbriefe 22

Titelbild: Frank Rumpenhorst

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Keine Entwarnung

Die Einsicht kam spät, aber doch: Unter dem Eindruck von Massenprotesten hat die EU die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie in ihrer ursprünglichen Form fallen gelassen.

85 000 Menschen waren am 11. und 14. Februar dem Aufruf gefolgt. In Berlin und Straßburg protestierten sie gegen den Liberalisierungssinn des Bolkestein-Entwurfs. Aus allen EU-Ländern hatten Gewerkschaften und soziale Bewegungen Abordnungen geschickt. Viele IG Metall-ler waren mit Trillerpfeifen, Fahnen und Buttons zu den Kundgebungen angereist. Während sich

die Bezirke Baden-Württemberg, Teile der Bezirke Frankfurt und Nordrhein-Westfalen an der Demonstration in Straßburg beteiligten, schickten die anderen IG Metall-Bezirke ihre Busse nach Berlin.

Die Proteste waren der Höhepunkt eines monatelangen Kampfs gegen die Richtlinie. Die Kritik der Gewerk-

schaften entzündete sich vor allem an dem von der Kommission ursprünglich geplanten Herkunftslandprinzip. Danach sollten Dienstleister und Handwerker im Ausland nach den Regeln ihres Heimatlands arbeiten dürfen. Verlierer wären drei Viertel der Beschäftigten in allen 25 EU-Ländern. Denn die Richtlinie erfasst etwa

70 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit der EU.

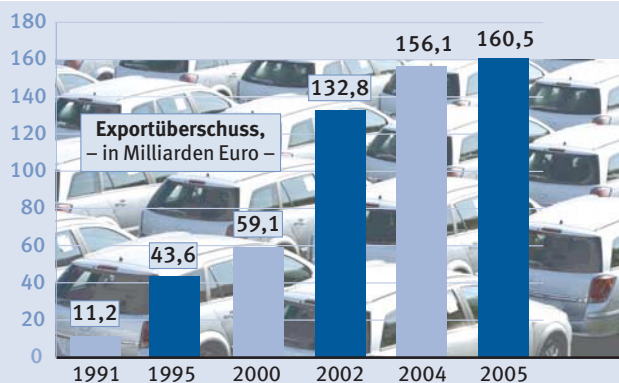
Die IG Metall hatte zudem vor weitreichenden Folgen über den Dienstleistungssektor hinaus gewarnt. Durch die Einbeziehung von Leiharbeitern drohe Lohndumping auch in Kernbereichen der deutschen Industrie. »Der Druck hat sich gelohnt, weil jetzt Bewegung



Foto: transit-Berlin / v. Polentz

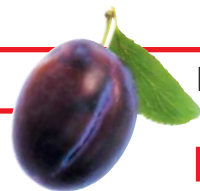
Protest gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Berlin am 11. Februar: »Soziale Standards nicht auf dem Altar der unbeschränkten Marktfreiheit opfern«

Exportweltmeister Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Foto: picture-alliance / dpa / Thissen

Mit Ausfuhren im Wert von 786,1 Milliarden Euro in 2005 sind die deutschen Unternehmen zum dritten Mal in Folge Exportweltmeister geworden. Der neue Export-Wert entspricht einer Zunahme von 7,5 Prozent gegenüber 2004. Exportschlager waren Autos, Maschinen und Anlagen. Parallel ist die Außenhandelsbilanz (Ausfuhren minus Einfuhren) auf einen historischen Höchstwert von 160,5 Milliarden Euro geklettert. Offenbar behindern Löhne und Arbeitsbedingungen nicht gerade die Wettbewerbsbedingungen. ◀



PFLAUME DES MONATS

Franz Müntefering

Als Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) im Februar zur Pressekonferenz im Gesundheitsministerium eintraf (Thema: Vorgezogene Rente mit 67), hatte er seinen schwarz-roten Wendemantel übergestreift.

Vom Rot war allerdings nicht viel zu sehen, schwarz dominierte. Das hat gepasst.

Die neue schwarze Umgebung inspiriert den Ex-SPD-Chef offenbar so, dass er nun deren ureigenes Geschäft betreibt: Immer drauf auf Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwächere. Diese Politik war

zwar auch der Schröder-Regierung nicht fremd; aber bei fünf Millionen Arbeitslosen die Lebensarbeitszeit zu verlängern, hatte Rot-Grün nicht gewagt.

Auch Schwarz-Rot hatte die Rente mit 67 anfangs erst ab 2035 vorgesehen. **Zu spät, findet Müntefering jetzt und lässt schon ab 2012 abkassieren** (siehe Seite 18). Und da es sich gänzlich ungeniert lebt, wenn der Ruf ruiniert ist, sollen nun auch noch jugendliche Arbeitslose bluten (siehe Seite 5). **So einen Arbeitsminister wünschen sich Unternehmen.** ◀

in die Sache gekommen ist«, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters. »Viele tausend Menschen in Berlin und Straßburg haben gezeigt, dass sie ihre sozialen Standards nicht auf dem Altar der unbeschränkten Marktfreiheit opfern werden.«

Die grenzüberschreitende Solidarität der europäischen Gewerkschaften sei jetzt auch weiterhin gefordert. Trotz eines ersten Erfolgs sei es noch zu früh für Entwarnung, erklärte Peters.

Der Kampf um die Dienstleistungsrichtlinie ist noch nicht ausgestanden. Einige nationale Regierungen könnten versuchen, das Herkunftslandprinzip oder andere Regeln durch die Hintertür in der Richtlinie zu verankern. Jetzt geht es darum, dass der Rat und damit auch die Bundesregierung Farbe bekennen und eine neue Richtlinie mit eindeutigen Regeln fordern. Andernfalls werden die Gewerkschaften weiter Druck machen. ◀

Verdi-Streik IG Metall solidarisch

Um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen, hat die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi bis Mitte Februar Beschäftigte aus zehn Bundesländern in den Streik gerufen. Sie fürchten, dass bis zu 250 000 Stellen gefährdet sind, falls die Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden verlängert wird. Die IG Metall unterstützt den Arbeitskampf von Verdi. »Die IG Metall steht in diesem Kampf voll auf Eurer Seite. Lasst Euch nicht einschüchtern – weder durch die Arbeitgeber noch von den neoliberalen Meinungsmachern in dieser Republik«, heißt es in einem Solidaritätsschreiben des Vorstands. ◀

Junge Arbeitslose

Erwachsene zweiter Klasse

Auf Betreiben von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) will die Bundesregierung auf Kosten junger Arbeitsloser unter 25 sparen.

Ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung sieht vor, das Arbeitslosengeld II für Arbeitslose unter 25 von 345 auf 276 Euro zu kürzen und sie der elterlichen Bedarfsgemeinschaft zuzurechnen. Damit müssten die Eltern ihre arbeitslosen Kinder mitversorgen. Mietzuschüsse für die eigene Wohnung junger Arbeitsloser soll es nur noch geben, wenn die Arbeitsagentur die eigene Wohnung für sinnvoll hält. In der Regel, so will es Berlin, sollen junge Erwachsene bei den

Eltern einziehen. Auf diese Weise spart Berlin 500 Millionen Euro.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeempfänger (BAG-SHI) hat Widerstand gegen die »Abzocke« angekündigt, zumal sie gegen Bürgerliches Recht verstoße. Regina Görner, im IG Metall-Vorstand für Jugend zuständig, fordert: »Junge Erwachsene dürfen nicht dafür bestraft werden, dass sie weder einen Ausbildungs- noch Arbeitsplatz bekommen. Die Bundesregierung sollte dringend etwas dafür tun, dass junge Menschen eine Chance auf Ausbildung und Arbeit bekommen, statt sie für ihre Chancenlosigkeit zu bestrafen.« ◀



Junge Erwachsene vor dem Hamburger Arbeitsamt: Unbegründete Abzocke

Mahle Rosswein Kurs auf die Fläche

Die rund 60 Beschäftigten bei Mahle in Rosswein (Sachsen) sind ab sofort durch einen Firmentarifvertrag abgesichert. Bisher wurden sie als bundesweit einzige Mahle-Beschäftigten ohne tarifliche Grundlage bezahlt. Auf diese Weise hatten sie am Monatsende rund 300 Euro weniger Entgelt als Beschäftigte, die nach dem Flächentarif bezahlt werden.

Der neue Firmentarifvertrag verpflichtet Mahle, Löhne, Urlaub und Sonderzahlungen

schrittweise an die Regelungen des Flächentarifvertrags anzupassen und ihn ab 2010 zu übernehmen. Für Azubis gilt der Tarifvertrag der sächsischen Metall- und Elektroindustrie schon ab dem 1. Januar 2006, außerdem zahlt Mahle ab sofort vermögenswirksame Leistungen. Frank Becker, Betriebsratsvorsitzender in Rosswein, freut sich über den Erfolg: »Wir haben die Anzahl der IG Metall-Mitglieder während unserer Verhandlungen verdreifacht.« ◀

Außenansicht

Karikaturenstreit

Projekt »Spaltung«

»Die« Muslime, »die« Europäer – wie viel wäre gewonnen, wenn uns die Gewohnheiten der Rede, und auch das eine oder andere Vorurteil, nicht zu solchen Verallgemeinerungen verführten. In Europa besteht ja kaum eine Überschneidung zwischen jenen dänischen



Hilal Sezgin, freie Publizistin in Frankfurt am Main.

Redakteuren, die in provokativer Absicht Mohammed-Karikaturen orderten – und Millionen anderer Bürger, die Tag für Tag mit Einwanderern aus muslimischen Ländern leben und arbeiten. Und auch die muslimische Seite setzt sich aus zig Gruppen zusammen: Die muslimischen Einwanderer hier, die ja größtenteils sehr besonnen auf die Karikaturen reagiert haben – und die vielen Einwanderer aus denselben muslimischen Ländern, die selbst gar nicht religiös sind. Die Muslime des Nahen Ostens wiederum beziehen eine Provokation, die eigentlich gegen die Multikultigesellschaften Westeuropas zielte, auf die Religion des Islam an sich; doch auch im Nahen Osten zündet ja keineswegs jeder eine Botschaft an. Können wir Fernsehzuschauer überhaupt beurteilen, wie viele Bürger dort an den Protesten beteiligt sind – oder ob nicht in der Nebenstraße das Leben dem gewohnten Gang folgt? Die Spaltung in »sie« und »wir« ist ein Projekt Rechter und Fundamentalisten aller Lager. Diese Spaltung auch sprachlich nicht mitzumachen, heißt, ihrer Provokation nicht auf den Leim zu gehen. ◀

Otto-Brenner-Stiftung

Franz Steinkühler, Erster Vorsitzender der IG Metall von 1986 bis 1993, stellte Anfang Februar im Atrium der IG Metall-Vorstandsverwaltung das Buch »Nur noch Markt ist zu wenig« von Hans Mundorf vor (siehe **metall** 1-2/2006). Mundorf, einst einer der Chefredakteure des »Handelsblatts«, hat Steinkühler lange Zeit publizistisch begleitet. »Schon in der Zeit als Bezirksleiter in Stuttgart ging er mir auf die Nerven«, sagte Steinkühler. Mit dem Mundorf-Buch eröffnete die Otto-Brenner-Stiftung eine Schriftenreihe, in der grundsätzliche gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Fragestellungen behandelt werden. »Mit ihr will die Otto-Brenner-Stiftung zur Auseinandersetzung mit neoliberalen Dogmen beitragen«, erklärte Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, auf der gleichen Veranstaltung. Warum gerade Mundorf? Der studierte Volkswirt ist überzeugter Marktwirtschaftler. Aus dieser Überzeugung hat er sein Buch gegen den heutigen Neoliberalismus

verfasst und greift die Irrtümer und Tatsachenverdrehungen der wirtschaftsliberalen Dogmatiker an. Steinkühler schätzt an Mundorf,

dass seine Berichterstattung »immer preußisch korrekt und fair war«: »Die Tarifpolitik wurde nie als leidiges und nicht mehr zeitgemäßes Kartell diffamiert, sondern als hohes Gut behandelt, dass es zu schützen gilt, und seine Arbeit sollte auch stets dazu beitragen, dass damit sorgsam und abgewogen umgegangen wird.«



Foto: Frank Rumpenhorst



EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt: Überzeugendes Konzept gefordert

Foto: picture-alliance / ZB / Pictal

Stahlindustrie

Kampf der Giganten

In der Übernahmeschlacht Mittal Steel gegen Arcelor erwarten IG Metall und Betriebsräte von beiden Konzernen verbindliche Aussagen zu Investitionen, Standort-sicherheit und Mitbestimmung.

Arcelor-Präsident Guy Dollé will sich nicht schlucken lassen. Er zieht im Poker gegen Lakshmi Mittal alle Register – und trumps auch mit den sozialen Werten von Europas größtem Stahlproduzenten auf: Arcelor sei ein Unternehmen mit starker sozialer Verantwortung, Mittal hingegen herrsche allein und schaue nur aufs Geld.

Michael Breidbach, Betriebsratsvorsitzender der Arcelor-Stahlwerke Bremen, sagt: Ja, es gebe den sozialen Dialog zwischen Konzernspitze und Arbeitnehmervertretung. Aber konkret heiße das nur »eine ausgesprochen intensive Information und ein bisschen Konsultation«.

Umgekehrt gibt sich Mittal nicht als Alleinherrscher. »Die Montanmitbestimmung ist uns bis Ende 2007 zugesichert worden, obwohl wir weniger als 1000 Leute sind«, sagt Uwe Scharnberg, Betriebsratsvorsitzender von Mittal Steel Duis-

burg-Ruhrort. Scharnberg kann keinen Unterschied zwischen Mittal und Dollé erkennen: »Der eine scheffelt Geld für sich, der andere für seine Aktionäre.«

In der zweiten Februarwoche gab es Gespräche mit Peter Scherrer (EMB), dem Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, und Friedhelm Matic, IG Metall-Stahlbüro. Mittals Europa-Chef versicherte, die von Arcelor geplanten Investitionen würden auch nach einer Übernahme realisiert, alle Standorte und die Mit-

bestimmung blieben erhalten. Scherrer, Huber und Matic erklärten, dass die IG Metall prinzipiell gegen feindliche Übernahmen sei, »weil dabei irre viel Geld verbrannt wird zu Lasten der Beschäftigten«.

Mitte Februar verständigten sich IG Metall und die Betriebsräte beider Konzerne, von Arcelor und Mittal ein überzeugendes Investitionskonzept, keine Standortschließungen und den Erhalt der Montanmitbestimmung zu fordern. ◀

Honeywell

Keine Ausbildung – der falsche Weg

Der Honeywell-Konzern, der in Deutschland rund 6000 Leute beschäftigt, will ab dem nächsten Jahr seine Ausbildung einstellen. Bislang sind noch 210 Auszubildende an Bord. Wenn sie ausgelernt haben, soll nach dem Willen von Konzernchef David Cote Schluss sein. »Aus Sicht der Konzernleitung in USA bringt die Ausbildung betriebswirtschaftlich nichts – also weg damit«, sagt Harald Konrad,

Betriebsratsvorsitzender in Raunheim. Dabei geht es Honeywell nicht schlecht. Die Betriebsräte hoffen – wie die meisten Geschäftsleitungen der deutschen Werke – die Amerikaner noch überzeugen zu können, dass Ausbildung im dualen System mehr bedeutet als einen Kostenpunkt. Auch die IG Metall wendet sich in einem Brief an den Konzern und erinnert an die gesellschaftliche Verpflichtung zur Ausbildung. ◀

Nachgefragt ...

Betriebsverlagerungen

Die Wut auf Unternehmen, die Arbeitsplätze aus reiner Profitgier verlagern, wächst. **metall** sprach mit dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jürgen Peters.

metall: Die streikenden Metaller bei AEG kämpften nicht nur für ihre eigene Zukunft, hast Du im Nürnberger Streikzelt betont, sondern für eine solidarische Gesellschaft. Wie meinst Du das?

Jürgen Peters: Das, was den Beschäftigten bei AEG in Nürnberg angetan wird, ist verwerflich. Sie haben gut gearbeitet, sie haben Gewinne erwirtschaftet, der Marke ein weltweit gutes Image verschafft, das Werk hat eine Zukunft. Trotzdem soll es geschlossen werden. Wir müssen uns fragen, ob wir uns das weiter gefallen lassen wollen. Kann sich Deutschland solche Unternehmer leisten? Wir wollen keinen menschenverachtenden Kapitalismus, wir wollen eine solidarische Gesellschaft. Und der Kampf um AEG hat dies vielen Bürgern deutlich vor Augen geführt.

»Unternehmen müssen für die Folgen aufkommen«

metall: Betriebe verlagern zunehmend rentable Standorte ins Ausland – wegen noch höherer Renditen. Wie verträgt sich das mit dem Grundgesetz, demzufolge Eigentum verpflichtet?

Peters: Es kann nicht sein, dass Unternehmen wie AEG abwandern und der Allgemeinheit die Kosten dafür aufbürden. Erst bedienen sie sich der Infrastruktur, die die Bürger bezahlt haben und dem Know-how der Arbeitnehmer, sacken die Gewinne ein und am Ende soll die Gemeinschaft den Scherbenhaufen bezahlen, den sie anrichten. Das muss ein Ende haben.

metall: Was schlägst Du vor?

Peters: Die Politik darf nicht mehr zulassen, dass durch Steuernachlässe in anderen Ländern Arbeitsplätze abwandern. Es kann ja nicht sein, dass EU-Bürger quasi

ihre eigene Arbeitsplatzvernichtung finanzieren. Um nicht missverstanden zu werden: Wir wollen, dass andere Länder der EU durch Strukturbeihilfen wirtschaftlich und sozial aufholen. Aber die Strukturbeihilfen werden zu Dumpingbeihilfen, wenn sie nicht zu neuen Arbeitsplätzen führen, sondern nur zur Verlagerung vorhandener.

metall: Sollten Betriebsverlagerungen mit einer Abgabe erschwert werden?

Peters: Ja, Unternehmen, die aus Profit verlagern, müssen für die Folgen ihres Tuns aufkommen. Das ist doch selbstverständlich. Eine Verlagerungsabgabe wäre endlich mal eine Reform, die den Menschen nützt. Möglich wäre auch, dass eine solche Verlagerung wie ein Veräußerungsge-



Foto: IG Metall / Schildknecht

... bei Jürgen Peters: »Die Politik muss dringend handeln«

winn versteuert wird. Schließlich veräußern Unternehmer das Erwirtschaftete, das Know-how eines Standorts an einen anderen Standort. Den Zusatzprofit könnte man auf zehn Jahre hochrechnen und so versteuern. Kurzum: Die Politik muss dringend handeln. ◀

Kommentar



metall-Korrespondent Uli Eberhardt zur Rückkehr zur Fließbandarbeit

Foto: FM

Für die Entwicklung von Gruppenarbeit und humanen Arbeitssystemen ist Rastatt in Baden-Württemberg ein wichtiger Ort. Dort baute Daimler-Chrysler 1992 auf der grünen Wiese eine neue Autofabrik. Gemeinsamer Anspruch von Unternehmen und Betriebsräten: Es sollte ein Modell-Werk mit humaner und gleichzeitig wirtschaftlicher Arbeitsorganisation entstehen. So geschah es: Rastatt wurde das bundesweit erste Pkw-Montagewerk mit flä-

»Mit den Menschen sind wir erfolgreicher«

chendeckender Gruppenarbeit und sollte Vorbild sein für andere.

Das Motto in Rastatt war: Weg vom Fließband; mehr Beteiligung der Beschäftigten; gesundheitsschonende Arbeitsbedingungen. Die reine Menschenfreundlichkeit war nie das einzige Motiv des Unternehmens. In den 90er Jahren galt die Ansicht: Die Arbeitsgruppen würden sich ihre Arbeit selbst effektiver organisieren und damit wirtschaftlicher sein. Das traf sich mit der Vorstellung der Betriebs-

räte: »Mit den Menschen und deren Beteiligung sind wir erfolgreicher« – Karlheinz Fischer, der Betriebsratsvorsitzende in Rastatt, bleibt bei seiner Meinung. Das ist nicht nur Erfahrung aus über zehn Jahren, sondern auch Ergebnis begleitender Studien des Göttinger Sofi-Instituts.

Das ist jetzt anders: Der Trend zu restriktiven Arbeitsbedingungen soll auch auf tarifpolitischer

Ebene durchgesetzt werden. Deshalb haben die Arbeitgeber die Regelungen zu den Erholzeitpausen in Baden-Württemberg gekündigt. Auch wenn die 1973 erstreikte »Steinkühler-Pause« vordergründig »nur« etwa 92.000 Beschäftigte im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden direkt betrifft – es geht um mehr. Nämlich um die

Frage, ob der Mensch in der Produktion künftig noch zählt. Oder ob die Betriebswirtschaft zum Maß aller Dinge wird wie in Charlie Chaplins Film »Moderne Zeiten« vorgeführt. ◀

Charlie Chaplin in »Moderne Zeiten«: Zurück zum Fließband?



Foto: picture-alliance / agf-images

»Wir sind zum Kämpfen bereit«

»Wir sind die IG Metall, die Mitglieder im Betrieb«, sagt ein Autowerker bei BMW in Leipzig. Nur wenn viele mitmachen, wird die Tarifrunde zu einer Erfolgsgeschichte. In den Belegschaften sind die Forderungen der IG Metall in den letzten Wochen intensiv diskutiert worden. Inzwischen sind die ersten Tarifrunden gelaufen und alle in der IG Metall bereiten sich auf die nächsten Etappen vor. Und auf die Zeit nach dem 28. März. Dann endet die Friedenspflicht. metall-Redakteurinnen haben sich vor Ort umgesehen.

Ortstermin Frankfurt am Main

IG Metall-Vorstand: 18.30 Uhr: Die »Denkfabrik« in der IG Metall-Zentrale sondiert die aktuelle Lage. »Morgen allerseits« – Oliver Burkhard eröffnet die Telefonkonferenz. In der Runde wird gerade das jüngste Interview von Gesamtmetall-Geschäftsführerin Kunstmann zerpfückt. »Die hat tatsächlich behauptet, dass die Tarifverträge für die Metall- und Elektroindustrie bei der Arbeitszeit zu unflexibel sind«, berichtet Robert Fuß aus der Online-Redaktion. »In ihrer eigenen Broschüre schreiben die Arbeitgeber aber das genaue Gegenteil.«

Schon hat die »Kampa« ein Thema. »Dazu machen wir ein schönes Argument des Tages für die IG Metall-Homepage«, freut sich Oliver Burkhard. Als Leiter der Tarifaufteilung beim Vorstand hat der 34-Jährige für die lau-



Foto: Frank Rumpenhorst

»Wir wollen die Nase vorn haben«

Das Kampagnenteam der IG Metall zur Tarifrunde bespricht und verteilt die Arbeit



Morgenbesprechung der Kampa

Foto: Frank Rumpenhorst

fende Tarifrunde die so genannte Kampa angeschoben. Im Team arbeiten Angestellte der Abteilungen Wirtschaft, Sozialpolitik, Pressestelle, Betriebswirtschaft, Redaktion und Berliner Büro zusammen. Ihr ehrgeiziges Ziel ist es, die Schlagkraft der IG Metall zu bündeln und zu erhöhen. Gefragt sind treffgenaue Analyse, scharfe Gegnerbeobachtung und schnelle Reaktion. »Noch nie wurde eine Tarifrunde so systematisch gemanaged«, sagt Hilde Wagner aus der Tarifabteilung.

Für den öffentlichen Schlagabtausch formuliert die Online-Redaktion täglich neue Argumente und stellt sie punkt 0.30 Uhr auf die Homepage. Mehrere Dutzend Themenpakete sind auf diese Weise schon entstanden. Die Wirtschaftsstatistiker liefern laufend neue

Daten, um die Tarifierung zu untermauern. In der Kampa entstehen pfiffige Ideen, wie die mit dem Kontoauszug. Auf dem Lastschrift-Auszug zum Abuchen des Mitgliedsbeitrags steht seit Februar in der Betreffzeile der Link »www.metalltarifrunde.de«. Das Schöne an dieser Idee: Sie kostet keinen Cent und erreicht viele Mitglieder. »Wir wollen die Nase vorn haben«, sagt Burkhard, »denn die Gegenseite schläft ja nicht mit dem Gesicht zur Wand.« Frisch, locker und optimal koordiniert – so soll die Tarifrunde geführt werden. Dazu gehört ein

ausgefeiltes Werbekonzept. Eine Imagekampagne, von der Hamburger Agentur Love Economy gestaltet, machte im Herbst den Anfang. Die Plakate (»Ein Flächentarifvertrag hat manchmal 30 Grad und schmeckt nach Erdbeereis«) fanden reißenden Absatz. »Wir

haben viele E-Mails bekommen von Leuten, die die Motive toll fanden«, berichtet Werbeleiterin Christine Thomas. Danach kamen die kühlen Plakate auf stahlgebürstetem Hintergrund mit der eigentlichen Tarifforderung und dem Slogan »Sicherheit schafft Wachstum«. »Es läuft gut«, sagt Burkhard. »Aber damit das so bleibt, muss man jeden Tag etwas dafür tun.« (mh) ◀

Ortstermin Arnstorf, Niederbayern

Firma Knürr: Helmut Engl, 48, haut so schnell nichts um. Der stämmige Betriebsratschef mit der grau-geockten Mähne war schon ein paar mal im Auge des Orkans. Wie im vergangenen Jahr, als er mit der Belegschaft um Tarifverträge kämpfte und kurz vorm Arbeitskampf stand. Das Management der Knürr AG wollte die Arbeitszeit in den niederbayerischen Standorten Arnstorf und Münchsdorf von 35 auf 40 Stunden heraufsetzen – ohne Lohnausgleich. Die Belegschaft hatte jedoch schon in den Jahren davor Zugeständnisse gemacht und etwa auf Weihnachtsgeld verzichtet. Die Kröte 40-Stunden-Woche wollte sie nicht mehr schlucken.

Der Betriebsrat organisierte mit der IG Metall vier Mitgliederversammlungen. Ein Gutachten ergab, dass die Standorte Arnstorf und Münchsdorf seit 2004 wieder Gewinne machten. Die aufgebrachte Belegschaft war bereit zu kämpfen und notfalls auch zu streiken. Das wirkte: Das Management machte einen Rückzieher. Zuerst waren nicht alle 490 Beschäftigten in Arnstorf und Münchsdorf mit dem har-



Foto: Gert Krauthauer

Kampferprobte Belegschaft Die Beschäftigten von Knürr schaffen es, längere Arbeitszeiten zu verhindern

ten Konfrontationskurs einverstanden; viele sorgten sich um ihren Job. »Die Auseinandersetzungen sind bis ins Persönliche gegangen«, sagt Engl. »Hinterher kamen die zu mir und haben sich entschuldigt.«

Entnervt von der Hartleibigkeit von Belegschaft und Betriebsrat verkaufte die Investmentgesellschaft 3i, die sich den Familienbetrieb vier Jahre vorher einverleibt hatte, die Firma Ende 2005 an den US-Konzern Emerson Electronic. Weder der alte noch der neue Besitzer sind Mitglied im Arbeitgeber-

verband. Flucht aus dem Verband oder Drohen mit dem Ausstieg aus der Tarifbindung – das ist vor allem bei bayerischen Firmen eine beliebte Übung in Tarifrunden. Doch statt tarifloser Zustände handeln sie sich damit höchstens »Häuserkämpfe« ein. Die können leicht verloren gehen, wenn eine entschlossene Belegschaft wie bei Knürr für ihre Interessen eintritt.

Dort steht die nächste Kraftprobe bevor.

Für die anstehenden Verhandlungen hat die IG Metall den Haustarifvertragsteil zu Lohn und Gehalt gekündigt. Die betriebliche Tarifkommission will, dass der neue Metall-Tarifabschluss eins zu eins übertragen wird. »Wir beginnen mit den Verhandlungen, sobald die Fläche steht«, sagt Engl. Er weiß eine geschlossene Belegschaft hinter sich, die der Konflikt des vergangenen Jahres zusammengeschweißt hat. Die IG Metall hat nach dem erfolgreich durchgestandenen Konflikt viele neue Mitglieder gewonnen. Nach der Übernahme durch Emerson hofft die Belegschaft, dass der Betriebsfrieden wieder zurückkehrt. Doch es ist zu befürchten, dass der Kampf weitergeht. (mh) ◀

Ortstermin Tübingen



Foto: Theodor Barth

Firma Walter AG: Am Ende fällt der Satz, der eigentlich alles sagt: »Der Tarifvertrag ist Gold wert«, erklärt Bernd Melchert. Wenn der Qualifizierungstarifvertrag in Baden-Württemberg für ihn überhaupt Schönheitsfehler hat, dann höchstens einen: Er hätte fünf Jahre früher abgeschlossen werden müssen. Denn Qualifizierung ist für Bernd Melchert, Betriebsratsvorsitzender der Walter AG in Tübingen, schon seit zehn Jahren ein wichtiges Thema.

Mitte der 90er Jahre führte der Werkzeughersteller Gruppenarbeit ein. Jeder sollte an jedem Arbeitsplatz eingesetzt werden können. Der Betriebsrat erstellte

Qualifizierung ist »Gold wert« Viele Beschäftigte bei Walter haben sich in letzter Zeit weitergebildet

eine Übersicht: »Welche Qualifikationen haben wir im Betrieb, und was brauchen wir noch.« Bis heute haben sich bei der Walter AG fast 90 Prozent der Beschäftigten höher qualifiziert. In der Produktion machten einige Kollegen einen Deutschkurs. Gemeinsam mit dem Arbeitsamt bot das Unternehmen den Beschäftigten Meister- und Technikerlehrgänge an.

Mit seinem Einsatz erreichte der Betriebsrat selbst jene Beschäftigten, die für Weiterbildung nur schwer zu gewinnen sind –

Männer und Frauen ohne Ausbildung und Berufsabschluss. »Viele einfache Arbeiten fielen in den letzten Jahren weg«, sagt Bernd Melchert. Und damit gingen auch die Beschäftigungsmöglichkeiten für Ungelernte zurück. »Unser Ziel war es, möglichst viele zu qualifizieren, damit sie im Unternehmen bleiben können.« Mit dem Tarifvertrag geht vieles einfacher, urteilt Melchert heute. »Er gibt mir eine Rechtsgrundlage.«

Seit 2001 gilt in Baden-Württemberg ein Qualifizierungstarifvertrag, nach dem jeder und jede Beschäftigte das Recht auf ein jährliches Qualifizierungsgespräch hat. Die bisherigen Erfahrungen sind nach Untersuchungen positiv. In fast der Hälfte der Betriebe hat sich etwas bewegt.

Nun will die IG Metall einen solchen Tarifvertrag bundesweit abschließen. Nach den Erfahrungen Bernd Melcherts und seiner Kollegen spricht eine Menge dafür. Schließlich ist Qualifizierung im Betrieb ein Dauerbrenner: »Mir fällt jeden Tag ein Beispiel ein, wo ich den Tarifvertrag aus der Schublade holen kann.« (fam) ◀

Ortstermin Siegen

Dango & Dienenthal: Eine Rechtsschutzversicherung ist schön und gut, eine Unfallversicherung für die Freizeit auch nicht schlecht – doch für Manfred Semper keine Gründe, in die IG Metall einzutreten. »Ich werbe nicht mit solchen Angeboten«, sagt der Betriebsratsvorsitzende bei Dango & Dienenthal in Siegen.

»Ich frage: Wollt ihr, dass unsere Standards verteidigt werden oder glaubt ihr, dass das alles vom Himmel fällt?« Der Me-

taller kann offenbar überzeugen. Die Auszubildenden des Spezialmaschinenherstellers für Schmiede- und Hochofentechnik traten geschlossen in die IG Metall ein – wie immer in den letzten zehn Jahren. Selbst unter den Angestellten sind 75 Prozent organisiert. Die Basis »steht«, doch für Semper und seine Be-

triebsratskollegen ist das nur die halbe Miete. Sie müssen ihre Kollegen immer wieder überzeugen – zurzeit für die Forderungen der Tarifrunde. Die Mitglieder sollen mitreden – von Anfang an.

Deshalb startete die IG Metall in Nordrhein-Westfalen eine Umfrage. Sie wollte von den Beschäftigten wissen, wie es um Qualifizierung und Innovation in ihrem Betrieb steht. Auch bei Dango & Dienenthal befragten die Betriebsräte ihre Kollegen, ob sie schon einmal an einer Weiterbildung teilgenommen haben, wie gut sie von ihrer Firma auf Veränderungen am Arbeitsplatz vorbereitet wurden

**»Die Mitglieder
sollen mitreden«
Betriebsräte befragen
die Belegschaft**



Foto: Thomas Ränge

und ob sie sich mehr Angebote wünschen. Mehr als die Hälfte beantwortete die Fragen. Dennoch sind die Gewerkschafter nicht zufrieden. »Die Befragung lief recht mühsam«, berichtet Betriebsrat Thomas Klein. »Das war für unsere Verhältnisse wenig.«

Doch die Forderungen sind angekommen. Wenn Manfred Semper durch den Betrieb

geht, wird er immer wieder angesprochen. Kollegen wollen wissen, ob es etwas Neues gibt. Auch das Thema Weiterbildung interessiert sie. Schließlich kennt fast jeder im Betrieb ein Beispiel, wo es nicht gut läuft. Die meisten erwarten aber auch, dass diesmal Netto unter dem Strich etwas übrig bleibt, sagt Betriebsrat Robert Brinkmann. Schließlich haben steigen-

de Ausgaben bei vielen ein Loch ins Budget gerissen. Als er seine Januarabrechnung abheftete, verglich er sie mit der vor zwölf Monaten – Netto blieben ihm gerade einmal 23 Euro mehr. Gleichzeitig kam die Abrechnung der örtlichen Versorgungswerke und die Gebührenbescheide der Stadt Siegen. »Unterm Strich hatte ich 50 Euro weniger. (fam) ◀

Ortstermin Bremen



Foto: Thomas Ränge

Daimler-Chrysler: Die Maschine gibt das Tempo vor. In einer Reihe schieben sich Autoskelette langsam voran. Rechts und links vom Band schweißen, schrauben und fegen Arbeiter im Minutentakt. Jede Minute eine Naht, jede Minute ein Kotflügel – von 6 bis 15 Uhr viele hundert Male der gleiche Handgriff. Das Band bestimmt, wann die Männer sich eine Tasse Kaffee holen, ein Wort mit Kollegen wechseln oder zur Toilette gehen können. »Da bleibt kaum Zeit zum Durchatmen«, sagt Marek

knapp fünf Minuten zusammengestrichen.

Anfang der 70er Jahre hatte die IG Metall in Baden-Württemberg ihren Lohnrahmentarifvertrag II abgeschlossen, der zusätzliche Erholzeiten am Band regelte. Daimler-Beschäftigte aus Bremen staunten nicht schlecht, als sie ins Werk nach Sindelfingen fuhren, erzählt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Uwe Werner. »Unsere Leute kamen zurück, und fragten uns, warum wir hier keine Erholzeiten haben.« Also schloss der Betriebsrat eine Vereinbarung

Pause am Band: Für die Bremer hängt von der Zukunft des »Lohnrahmen II« viel ab

Michalik. Der Schlosser arbeitet seit 20 Jahren im Daimler-Chrysler-Werk in Bremen. Als er anfang, gab es für die Bandarbeiter im Akkord noch zwölf Minuten zusätzliche Pausen pro Schicht. Sie sind inzwischen auf

Doch im Laufe der Jahre wurde sie immer weiter abgespeckt. Irgendwann kam jemand auf die Idee nachzurechnen, wie viele Autos mehr pro Schicht produziert werden könnten, wenn es die Kurzpausen nicht gäbe – und kam auf eine Hand voll Autos mehr. Seither versucht der Arbeitgeber die Erholzeiten Stück für Stück abzuschaffen.

Zurzeit schauen die Bremer gespannt nach Baden-Württemberg. Dort wird über einen Fortführungsvertrag zum Lohnrahmen II verhandelt. Die Arbeitgeber wollen ihn abschaffen. Für die Bremer hängt von dem Ergebnis viel ab. »Wenn der Tarifvertrag in Baden-Württemberg kippt, wäre unsere Betriebsvereinbarung auch vom Tisch«, ist sich Uwe Werner sicher. Der Betriebsratschef ist ein ruhiger Mann. Doch wenn er an die Kommentare einiger Arbeitgeber denkt, hebt er die Stimme. »Wenn ich das schon höre – baden-württembergische Krankheit. Erholzeiten gibt es in allen Autofabriken auf der ganzen Welt. Sie heißen da nur anders.« Diese stundenlange monotone Arbeit halte kein Mensch aus, wenn er nicht zwischendurch mal durchschnaufen oder mit Kollegen reden könne. Deshalb steht für die Bremer fest: Ohne Baden-Württemberg darf es keinen Abschluss geben. (fam) ◀

Ortstermin Salzgitter

Alstom: Auf dem Werksgelände steht ein Schienenfahrzeugmuseum. Zwischen den historischen, von schwarzen Dampflok gezogenen Zügen und den aerodynamischen Raumgleitern in Gelb, Weißblau und Rot, die heute die Menschen in Städten und Regionen verbinden, liegen 167 Jahre Firmengeschichte. »Die Zeiten ändern sich ... die Qualität aus Salzgitter

bleibt«, verspricht ein Prospekt. 1997 hat der französische Konzern Alstom das niedersächsische Unternehmen LHB gekauft. Es

»Innovation ungemein wichtig«
Siegfried Richter (Mitte) und seine Betriebsratskollegen checken mit Hilfe eines Fragebogens der IG Metall, wie es um Zukunftsinvestitionen im Werk steht



Foto: Jürgen Siegmund

heißt jetzt Alstom LHB und beschäftigt rund 2660 Menschen. Die Meisten arbeiten schon lange in der Firma. Siegfried Richter, der Betriebsratsvorsitzende, ist 38 Jahre dabei. Und hat bessere Zeiten erlebt. Heute, wo überall gespart wird, werden kaum noch Regional- und Stadtbahnen bestellt. Und wenn doch, drücken die Verkehrsgesellschaften die Preise. Zwölf Millionen Euro müssen eingespart werden, verlangte Alstom letztes Jahr. Im Mai 2005 wurde ein Standort- und Beschäftigungssicherungstarifvertrag abgeschlossen, der den Beschäftigten einiges zumutete: Abstriche am Lohn, am Urlaubsgeld, längere Arbeitszei-

ten. Dafür sicherte Alstom zu, bis März 2010 nicht betriebsbedingt zu kündigen.

»Gerade in Betrieben wie unserem ist Innovation ungemein wichtig«, sagt Richter. Martin Hartinger, der als Vertrauenskörperleiter seine Kollegen für die Tarifforderung mobilisieren will, ist froh, dass sich die IG Metall Innovation und Qualifizierung auf ihre Fahnen geschrieben hat. »Das sind Themen, die hier ankommen.« Innovative Fahrzeuge, das zeigen die Erfahrungen bei Alstom, finden auch in schlechten Zeiten Abnehmer. Wie der leichte Nahverkehrszug LINT, von dem Alstom mehr als 380 gebaut hat. Oder Entwicklungen beim Material. Die

Alstom-Fahrzeuge sind zu 90 Prozent recycelbar. Darauf legen die Kunden großen Wert, vor allem in Skandinavien. »Darum sind wir im Norden so gut positioniert«, sagt Richter.

Die Bezirksleitung hat Checklisten an Betriebsräte in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt verschickt – Fragebögen, mit deren Hilfe sie prüfen können, ob das Management klare Absatz- und Produktstrategien hat oder die Arbeitsabläufe optimal sind. Die IG Metall fordert in der Tarifrunde, dass Betriebe einmal im Jahr Innovationsberichte vorlegen. Siegfried Richter hält das für sinnvoll. »Die Firmenleitung muss erklären, was sie tut, um den Standort und die Arbeitsplätze zu sichern.« (syk) ◀

Ortstermin Leipzig



Foto: transil-Leipzig / Hiltich

Bereit für den Ernstfall

Die Vertrauensleute bei BMW stehen vor ihrer ersten Tarifrunde

BMW: Die Arbeiter und Angestellten in der neuen BMW-Fabrik erleben eine Premiere: die erste Tarifrunde in ihrem Werk, für viele ist es zugleich die erste im Leben. 2001 fiel die Entscheidung des Konzerns, ein neues Werk in Leipzig zu bauen. Ein Jahr später stellte BMW die ersten Leute ein, fast alle aus Ostdeutschland, und schickte sie zum Einarbeiten in die bayerischen Werke. Bei der zweiten Betriebsratswahl 2004 waren schon 1400 Arbeitsverträge unterschrieben. Inzwischen, nicht mal ein Jahr nach dem offiziellen Produktionsstart, arbeiten 2300 Frauen und Männer in dem

modernen Betrieb, für dessen extravagantes Zentralgebäude die Stararchitektin Zaha Hadid den deutschen Architekturpreis gewann. Das BMW-Werk, in dem die 3er Limousine gebaut wird, ist das größte Metallunternehmen in Leipzig.

Mitglieder für die IG Metall zu gewinnen, ist ein hartes Stück Arbeit in einem Betrieb, in dem in so kurzer Zeit so viele Mitarbeiter eingestellt wurden. Die meisten haben vorher nie in einem Großbetrieb gearbeitet und waren nie mit einer Gewerkschaft in Berührung gekommen. »Wir müssen den mühseligen, aber erfolgreichen Weg der Überzeugungsar-

beit gehen«, sagt Metallerin Karla Birkmann, die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Sie berichtet, wie der Betriebsrat im Sommer 2005 anfang, eine Vertrauensleutestruktur aufzubauen – ein Netz gewerkschaftlicher Ansprechpartnerinnen und -partner in allen Teams oder Bandabschnitten.

Die Betriebsräte organisieren zusammen mit der Verwaltungsstelle Schulungen für die Vertrauensleute. Betriebsräte und Vertrauensleute arbeiten eng zusammen, betreuen die Teams gemeinsam und treffen sich regelmäßig. In der jüngsten Sitzung ging es um die Tarifrunde. »Wir bereiten uns intensiv auf kommende Warnstreiks vor«, berichtet Vertrauenskörperleiter Torsten Wundrak, der im Karosseriebau arbeitet. Über 100 Vertrauensleute hat die IG Metall zurzeit. Ihre Zahl wächst stetig. Und mit ihnen und ihrem Engagement wächst auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Im vergangenen Jahr sind über 400 BMWler in die IG Metall eingetreten.

Viele waren vorher arbeitslos und sind froh, jetzt eine gute, sichere und ordentlich bezahlte Arbeit zu haben. Trotzdem wird »die Fünf-Prozent-Forderung bei den Kollegen gut aufgenommen«. So schätzt Jörg Bienert die Stimmung ein. Der 28-Jährige ist Vertrauensmann in der Montage. »Man muss ja nur mal gegenüberstellen, wie sich die Löhne und Gewinne entwickelt haben.« Für BMW war 2005 ein Rekordjahr. Und schon im ersten Monat dieses Jahres hat der Konzern den Absatz um 14,6 Prozent gesteigert. Die Leipziger hatten ihren Anteil daran. (syk) ◀

Ortstermin Darmstadt



Foto: Frank Rumpenhorst

Rote Fahnen für die Arbeitgeber Jugendliche zeigen bei der ersten Tarifrunde am 8. Februar in Darmstadt, was sie wollen

Tarifrunde: Dunkler Himmel, es nieselt, ein heftiger kalter Wind bläst. Ein Wetter, bei dem kein Mensch freiwillig vor die Tür tritt. Es sei denn, er ist Metaller und es ist Tarifrunde. Vor dem Maritim-Hotel in Darmstadt stehen über 200 Demonstranten. Über ihnen bläht der Wind die roten IG Metall-Fahnen auf. Ein knalliger Kontrast zu dem Wintergrau. Dazwischen drei Ü-Wagen, Journalisten, Kameralente und Hotelpersonal, das Brezeln und Getränke herausbringt. Viele der IG Metall-Mitglieder haben eine lange Anreise hinter sich. Aus Kassel, Trier und Neustadt an der Weinstraße. Während sie auf die Verhandlungsdelegationen warten, treten die beiden Bevollmächtigten der örtlichen IG Metall-Verwaltungsstelle ans Mikrofon, reden über vergangene »Verzichtsrunden«, »Konsumkrise« und das geschundene Vertrauen der Beschäftigten in die Zukunft. »Die Wirtschaft ist gesund, krank ist der Geiz der Arbeitgeber.« Der Delegationsleiter der Arbeitgeber, Heinrich Fischer, ein älterer Herr, bahnt sich mühsam einen Weg durch die dicht gedrängt stehenden Metaller, die ihm mit dem vertrauten Konzert aus Trillerpfeifen und Rasseln zeigen, dass sie es ernst meinen mit ihren Forderungen. Die Wichtigste wird ihm zugewunken, mit großen Plastikhänden, auf denen »Gib mir 5« steht. Fischer reagiert unwirsch: »Irgendwann wird es wieder einen Kompromiss geben. Dass der nicht fünf Pro-

zent ist, wissen Sie auch. Gehen Sie wieder in Ihre Betriebe.« Bis dahin dauert es aber noch. Vor dem Hotel umdrängen Journalisten den Verhandlungsleiter der IG Metall, den Frankfurter Bezirksleiter Armin Schild. Er warnt die Arbeitgeber, sie sollen ihr »Geiz-ist-geil-Ritual« in der Mottenkoste verschwinden lassen. Die »Geizhälse« haben ein Pappschild mitgebracht. Darauf steht »Vorfahrt für Arbeitsplätze«. Aber das beeindruckt noch nicht

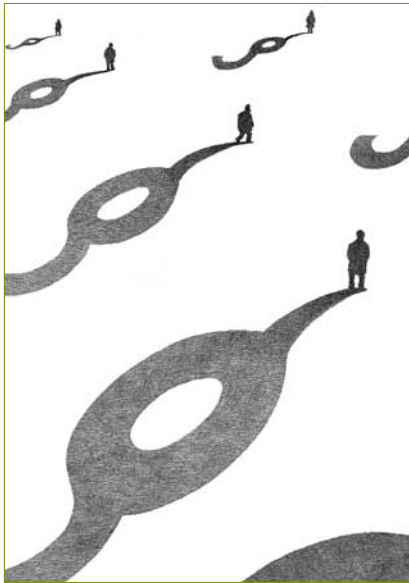
mal die paar Journalisten, die sie dafür zu interessieren versuchen. »Alle wissen, dass die Bilanzen der meisten Unternehmen glänzen und sie trotzdem Menschen rauschmeißen«, ruft Schild. Während sich die Metaller weiter in der Kälte drängen, beobachten die Arbeitgeber den Trubel draußen vom behaglichen Hotel aus durch die Fenster und warten ungeduldig darauf, dass die Verhandlung endlich anfangen kann. Diesmal müssen sie selbst sich noch nicht warm anziehen. (syk) ◀

Du bist die IG Metall

Die Tarifrunde lebt von Aktionen – und da tut sich schon viel. An der Küste schenken Metallerinnen und Metaller ihren Chefs am Valentinstag Lebkuchenherzen. Auf ihnen stand »Wer seine Belegschaft liebt, der gibt« – und dahinter: »5 Prozent«. In Braunschweig nutzten die Beschäftigten der Firma Zollern BHW ein Presseseminar des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall im Werk zu einer eigenen »Informationsveranstaltung«. Sie trugen rote T-Shirts mit dem IG Metall-Logo und den Tarifforderungen. Selbst die Unternehmensleitung kam nicht umhin, diesen Auftritt als clevere Aktion zu würdigen. Mehr Aktionsbeispiele und Pfiffiges zum Mitmachen gibt es im Internet. ▶ »Der Tariffmobilisator«, ein Online-Spiel

zur Tarifrunde. Mehr wird nicht verraten. Das Spiel steht unter:

- ▶ www.jugend.igmetall.de/tariffmobil/
- ▶ Im Jugendportal hat die IG Metall einen mächtigen Verbündeten: King Kong lässt seine Muskeln für höhere Löhne spielen und sucht Mitstreiter. Unter:
 - ▶ www.jugend.igmetall.de/kong/
 - ▶ Alle interessierten IG Metall-Mitglieder können den Tarif-Newsletter abonnieren. Er informiert regelmäßig per E-Mail über die Tarifrunde. Mehr auf der IG Metall-Homepage unter:
 - ▶ www.metall-tarifrunde-2006.de. Dort gibt es auch immer aktuell Informationen über Forderungen und Themen der Tarifrunde, den Stand der Verhandlungen, Argumente, Grafiken, Zeitpläne und vieles mehr. ◀



MENSCHENRECHTE

Artikel 4

»Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.«

Rund 500 000 Frauen und Mädchen werden in Europa täglich gezwungen, ihren Körper zu verkaufen. Sie sind illegal und damit meist rechtlos.

Sie hoffen auf ein besseres Leben, auf eine Arbeit als Kellnerin oder Reinigungskraft in Deutschland. Sie vertrauen sich skrupellosen Menschenhändlern an, werden verkauft, geschlagen und zur Prostitution gezwungen. Sklaverei und Leibeigenschaft gehören in Europa längst nicht der Vergangenheit an. Sie sind für Frauen bittere Wirklichkeit.

Rund 500 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren werden täglich in Europa zur Prostitution gezwungen. Deutschland ist eines der wichtigsten Ziel Länder des Frauenhandels. Schätzungen gehen davon aus, dass hier rund 200 000 Frauen gegen ihren Willen ihren Körper verkaufen. Und ihre Zahl dürfte in diesem Sommer kräftig steigen, wenn sich in Deutschland alles um die Fußballweltmeisterschaft dreht.

Recht schützt Händler

»Bei solchen Großereignissen nimmt die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen zu«, sagt Christa Stolle, Geschäftsführerin der Frauenrechtsorganisation »Terre des Femmes« in Deutschland. Das Bundeskriminalamt schätzt, dass rund 40 000 Prostituierte zusätzlich nachgefragt werden. Das Geschäft rund

um die Weltmeisterschaft werden sich die gewissenlosen Frauenhändler nicht entgehen lassen.

Ein großes Risiko gehen die Zuhälter und Händler nicht ein. Das deutsche Recht erleichtert ihnen ihr Geschäft. Die Frauen sind illegal und haben keine Rechte. Sie können ihre Peiniger weder verklagen, noch können sie fliehen. Ihnen droht die Abschiebung.

Kreislauf durchbrechen

Ein Schicksal, vor dem sie sich fürchten. Schließlich kamen sie nach Deutschland, um Geld zu verdienen. »Für sie wäre es ein Gesichtsverlust, ohne Geld nach

Hause zurückzukehren«, sagt Stolle. Helfen könnte den Frauen ein befristetes Aufenthaltsrecht. Es gäbe ihnen Zeit, sich zu fangen. Sie könnten ihren entgangenen Lohn einklagen. »Viele sind traumatisiert und brauchen psychologische Betreuung«, sagt Christa Stolle. Nach der Abschiebung sehen sie oft keine andere Möglichkeit, als ihren Körper zu verkaufen. Viele landen wieder in den Händen von Menschenhändlern, werden verkauft und erneut zur Prostitution gezwungen. Ohne Hilfe kommen sie nur schwer aus diesem Kreislauf heraus. ◀

Fabienne Melzer

Frauenrechte

Menschenrechte für Frauen – dafür setzt sich Terre des Femmes in Deutschland seit mittlerweile 25 Jahren ein.

Schwerpunkte der Arbeit von Terre des Femmes sind seit vielen Jahren die Themen Genitalverstümmelung, Frauenhandel und Zwangsprostitution und häusliche Gewalt. Die Organisation kooperiert mit Frauenprojekten weltweit und ruft regelmäßig zu Aktionen auf. Zurzeit zählt Terre des Femmes fast 3000 Mitglieder. Vele Frauen engagieren sich ehrenamtlich in verschiedenen Städtegruppen. www.terre-des-femmes.de

► Die Serie »Menschenrechte« will dazu beitragen, dass die Menschenrechte nicht in Vergessenheit geraten. ◀

Airbus, Nordenham

»Wenn schon Leiharbeit, dann gleicher Lohn«

Beim Flugzeugbauer Airbus in Nordenham an der Elbe montieren fast 500 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter die Außenhaut des Airbus 380. Gesamtbetriebsrat und IG Metall haben durchgesetzt, dass sie genau so viel verdienen wie die Airbus-Beschäftigten.



Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Betriebsräte Grimm (3. v.l.) und Dörrbecker (4.v.r.): »Gut aufgenommen«

tember 2001 bewirkt; damals sei die Touristik-Branche eingebrochen und Tausende Beschäftigte seien arbeitslos geworden, auch viele Airbus-Befristete. Auf diese Krisen hätten Betriebsrat und IG Metall reagiert und mit Airbus das Beschäftigungsabkommen »Siduflex« (Sicherheit durch Flexibilität) vereinbart. Neben Zeitkonten, die sämtliche Überstunden auffangen, sieht es auch die Beschäftigung von Leiharbeitern vor.

»Früher«, sagt Betriebsratsvorsitzender Nobel, »wollten wir mit Befristungen Arbeitsplätze aufbauen. Doch zu oft wurden die Hoffnungen dieser Kollegen enttäuscht.« Die Alternative sei seriöse Leiharbeit. Nobel: »Wenn Leiharbeiter ausscheiden, sind sie immer noch beim Verleiher beschäftigt.«

Nicht alle Verleiher, die bei Airbus in Nordenham Vertragspartner sind – 16 an der Zahl – haben sich über den Equal Pay-Zusatztarifvertrag gefreut. »Manche haben versucht«, berichtet Betriebsratsmitglied Rolf Dörrbecker, »das zusätzliche Geld in die eigene Tasche zu stecken«. Aber die Leiharbeiter – rund 60 Prozent sind in der IG Metall organisiert – haben den Betriebsrat alarmiert. »Wir Metaller sind auch für die Leiharbeiter da und helfen ihnen, wo es geht«, sagt Frank Grimm, Betriebsratsmitglied. Das haben anscheinend auch die Verleiher gemerkt. Die wissen Bescheid, ahnt Grimm, »wenn sie unsere Bedingungen nicht akzeptieren, kommen keine Leute mehr von ihnen rein«.

So gesehen, sind die Betriebsräte ganz schön stark. Das wissen sie auch. »Wir Betriebsräte bei den Entleihfirmen müssen unsere Macht viel mehr nutzen, um den Leiharbeitern zu helfen«, sagt Udo Nobel. ◀

Fritz Arndt

Die Container auf dem Airbus-gelände in Nordenham sehen aus wie abgestellte Koffer von Riesen. Ihre Kopfenden sind mit Drahtseilen vertaut, die in die Erde einbetoniert sind. Innen produzieren Klimaanlage trockene Luft. Das schont die empfindliche Fracht: Außenhaut-Teile des Airbus 380. Die Schalen sind aus dünnsten Schichten verklebt. Mal Aluminium, mal Glasfaser. Präzisionsarbeit aus Nordenham. Von den 2750 Beschäftigten im Werk sind 480 von einer Zeitarbeitsfirma ausgeliehen.

Klar, die Leiharbeiter bei Airbus sind gut qualifiziert. Und dank eines Zusatztarifvertrages auch anständig bezahlt. Die Vereinbarung, vom Gesamtbetriebsrat, der IG Metall und Airbus-Geschäftsleitung unterschrieben, sichert ihnen nämlich »Equal Pay«: Das gleiche Entgelt, das auch die »festen« bei Airbus beziehen. Damit liegen die Airbus-Leiharbeiter monatlich rund 1000 Euro über dem aktuellen Leiharbeiter-Tarif. Allerdings müssen sie eingearbeitet sein. Equal Pay gilt daher erst nach drei Monaten.

Auch die Arbeitsbedingungen für die Leiharbeiter sind in dem Zusatz-Tarifvertrag angepasst. Sie arbeiten 35-Wochenstunden wie die Airbus-Beschäftigten, dürfen genau so lange in Urlaub gehen, während der Arbeitszeit an betriebsbezogenen Bildungsveranstaltungen teilnehmen. Sie erhalten die gleichen Zulagen für Nacht- und Schichtar-

beit wie die Festen, die gleichen Zuschüsse für die Kantine. »Wenn schon Leiharbeit«, gibt Betriebsratsvorsitzender Udo Nobel vor, »dann müssen sie aus der Schmuddel-Ecke raus und anständig bezahlt werden«.

»Wir helfen Leiharbeitern«

Das freut auch die Festen. Denn dass rechtlose und schlechtbezahlte Leiharbeiter den Lohn drücken, liegt auf der Hand. »Wir wurden hier bei Airbus gut aufgenommen«, sagt Andre Lauer (41), von der Zeitarbeitsfirma Tuja ausgeliehen, »wer Leiharbeiter und wer fester ist, spielt hier keine Rolle«. Dennoch träumt der gelernte KFZ- und Anlagen-Mechaniker von einem Airbus-Vertrag, »das wäre toll«.

Klar, es brummt auf der Flugzeugwerft. Da liegt es nahe, Leiharbeiter zu übernehmen. Aber der Schock aus den vergangenen Krisen sitzt tief. Der Flugzeugbau, sagt Nobel, ist anfällig, Krisen und »Hochläufe« wechselten oft. Den letzten Einbruch habe der 11. Sep-



A 380-Produktion in Nordenham: »Unsere Macht mehr nutzen«

FRAGEN AN BERTHOLD HUBER

metall: Alle vier Jahre werden neue Betriebsräte gewählt. Sind die Wahlen in diesem Jahr besonders wichtig?

Berthold Huber: Ja, ganz eindeutig. Vor allem, weil Betriebsratswahlen und Tarifrunde in diesem Jahr praktisch zusammenfallen. Unseren Betriebsräten ist daneben im Spannungsfeld zwischen Betriebs- und Tarifpolitik eine neue Rolle zugewachsen: Immer häufiger stehen sie im Zentrum von tarifpolitischen Auseinandersetzungen, die vor Ort im Betrieb geführt werden müssen – egal, ob die Arbeitgeber verlängerte Arbeitszeiten oder verminderte Löhne und Gehälter fordern. Dabei müssen sie die Interessen der Beschäftigten vertreten, die allzu oft um ihren Arbeitsplatz bangen – und sie müssen gleichzeitig als Vertrauensleute der IG Metall ihren Mann oder ihre Frau stehen.

metall: Was ist aus Deiner Sicht das wichtigste Ziel dieser Betriebsratswahlen?

Huber: Wir wollen, dass wieder mehr Betriebsräte der IG Metall angehören. Sie sollen sich schon vor der Wahl zu uns bekennen. Bei den letzten Wahlen waren 73,3 Prozent der Betriebsräte IG Metall-Mitglieder – dieser Anteil soll wieder steigen. Wir hoffen, bundesweit zusätzlich 17 500 Kandidatinnen und Kandidaten für uns gewinnen zu können. Unrealistisch ist das nicht – wenn wir uns feste Ziele setzen. Wir müssen alles daran setzen, die Bedeutung von gegnerischen Wahllisten zurückzudrängen. Je mehr Metallerrinnen und Metalller in den Betriebsräte sitzen, umso konsequenter können wir unsere Politik im Sinn der Beschäftigten durchsetzen.

metall: Wo siehst Du weitere Herausforderungen?

Huber: Unsere Betriebsratsgremien entsprechen nicht der Beschäftigtenstruktur: Oft genug bilden sie eine Belegschaft ab, die es in den Unternehmen so gar nicht mehr gibt: wenig Angestellte, sehr wenig junge Arbeitnehmer. Das soll sich ändern. Wir wollen, dass mehr junge Interessenvertreter zur Wahl stehen, und mehr, die die Angestellten vertreten.

metall: Was wäre für Dich das beste Ergebnis?

Huber: Wenn wir unseren Organisationsgrad bei den Betriebsräten steigern können. Und möglichst viele Kolleginnen und Kollegen davon überzeugen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nach den politischen Wahlen sind die Betriebsratswahlen die wichtigste demokratische Mitbestimmungsmöglichkeit, die wir besetzen. Wir sollten sie nutzen. ◀

Wählen gehen: Jede Stimme zählt

Endspurt. Die Kandidaten stehen fest, der Wahltermin auch, der Wahlkampf kommt in Schwung. Zwischen 1. März und 31. Mai werden in rund 13 000 Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie Betriebsräte gewählt. Reine Routine? Nicht wirklich. Fast überall stehen mehr und neue Kandidaten zur Wahl. In vielen, vor allem kleineren Betrieben, wird zum ersten Mal gewählt. Warum es sich lohnt, seinen Stimmzettel in die Urne zu werfen, können Beschäftigte und Betriebsräte in Tausenden von Unternehmen berichten. Ein Beispiel: Mann + Hummel, Autozulieferer im niederbayerischen Marklkofen.

Wenn Christa Wagner und Hans Huber durch die Werkshallen gehen, hört es mit dem Guten-Tag-Sagen gar nicht auf. Alle kennen die beiden Mitglieder des Betriebsrats, und die kennen – so scheint es – alle Mitarbeiter. 2324 Beschäftigte – überwiegend Frauen, viele von ihnen in Teilzeit – produzieren große und kleine Luft- und Ölfilter für die Autoindustrie. Alle großen Namen sind vertreten, von Daimler bis Volvo. Die Arbeit an den lauten Maschinen geht in schnellen Takten und verlangt ständige Aufmerksamkeit. Aber ein paar Worte mit den Betriebsräten sind immer drin. Christa versucht, noch weitere Kandidatinnen für die Betriebsratswahlen zu gewinnen: »Wär das nichts für Dich?« Die junge Frau will sich's überlegen.

Über lange Jahre hinweg war das Klima im Betrieb gut – bis zum Sommer 2004. Da wurde es mit einem Mal frostig. Die Geschäftsleitung verlangte das, was alle Manager gerne hätten: die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, also fünf Stunden zusätzliche Arbeit ohne Bezahlung, Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachts-

geld und die Mehrarbeitszuschläge. Damit sollte der Gewinn verdoppelt, das Betriebsergebnis verbessert und 7,5 Millionen Euro Personalkosten eingespart werden – und das obwohl, bei Mann + Hummel in Marklkofen durchaus satte schwarze Zahlen geschrieben wurden. »Es ging ums Prinzip«, sagt Christa. »Der Chef suchte die finale Auseinandersetzung mit der IG Metall.« Auch die anderen deutschen Standorte des Unternehmens sollten dem rigiden Sparkurs unterworfen werden.

»Das geht mit uns nicht«, war sich der Betriebsrat sofort einig. Die Generalstabsarbeit begann. Ständige Zusammenkünfte mit den Betriebsräten der anderen Werke sorgten dafür, dass alle Beteiligten immer den gleichen Wissensstand über die Verhandlungen hatten. Das Wichtigste: Die Belegschaft wurde laufend informiert. »35 Treffen haben wir veranstaltet«, berichtet Christa, »alle drei Schichten wurden von uns unterrichtet. Alle sollten doch genau wissen, was los ist.« Die Geschäftsleitung machte Angebote, die der Betriebsrat nach kurzer Prüfung als unakzeptabel verwarf. Es ging immer nur um Dinge, die die Belegschaft nicht hätte beeinflussen können: etwa Zuschläge, wenn bestimmte



Produktionsmargen übertroffen würden, oder schwammige Zusagen für die Herstellung zusätzlicher Produkte.

Dem Werkleiter gefielen die vielen Belegschaftstreffen in den einzelnen Hallen nicht, noch weniger allerdings die Aussicht auf vielstündige Betriebsversammlungen – also gab er nach. Der Betriebsrat wusste, dass der persönliche Kontakt mit den Beschäftigten vor Ort wichtiger ist als jedes Flugblatt. Und er bekam kräftigen Rückenwind. »Das lassen

wir mit uns nicht machen«, hieß es überall in den Werkshallen.

Nach knapp einem Jahr Verhandlungen zwischen Betriebsrat, IG Metall und Geschäftsleitung waren alle Zumutungen vom Tisch. Der Tarifvertrag wurde nicht angetastet, die 35-Stunden-Woche gilt weiterhin, und Weihnachts- und Urlaubsgeld wird immer noch bezahlt. Sparen kann man auch anders – so wie der Betriebsrat es vorschlagen hatte: zum Beispiel mit gezielterem

Umgang mit Material und Sensibilisierung der Belegschaft für ökologische Probleme. Eine Kröte gibt es allerdings zu schlucken: Wenn die Auftragslage es erfordert, wird der Samstag Regelarbeitstag. Die Betriebsvereinbarung dazu wird in Kürze unterzeichnet.

Harte Monate liegen hinter den fünf freigestellten Betriebsräten. Man musste alles gleichzeitig sein: Betriebswirt, Personalexperte, Logistiker, Bilanzgutachter, um das Geschehen im Konzern genau analysieren zu können – und immer wieder Seelentröster für die Belegschaft. Der Einsatz über viele Tage (und Nächte) ist nicht ohne Folgen geblieben. 121 Beschäftigte konnten als neue Mitglieder für die IG Metall gewonnen werden. Sie kamen, ohne dass zusätzliche Gespräche über das Für und Wider der Gewerkschaft geführt werden mussten – die IG Metall-Betriebsräte hatten sie überzeugt.

Wie die Wahl diesmal ausgehen wird? Alle im Betriebsrat sind gespannt. Allmählich geht es in die Zielgerade. Am 15. und 16. März werden die Wahlurnen aufgestellt. 19 Betriebsräte werden gewählt. Eins ist schon sicher: Aufgaben wird es genug geben. Christa Wagner weiß: »Die Arbeit wird immer härter. Das ist alles kaum noch zu schaffen. Die Leute arbeiten doch ständig am Limit.«

Gabriele Prein



Illustration: Klaus Espermüller

Wo finde ich was?

Die Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen sind weitgehend abgeschlossen, Kandidatinnen und Kandidaten sitzen in den Startlöchern, um sich wählen zu lassen. Was ist jetzt noch zu tun? Eine Menge, denn jetzt geht es ja darum, dass sich möglichst viele Beschäftigte an den Wahlen beteiligen.

Die IG Metall hat spezielle Faltblätter für bestimmte Gruppen: Frauen, junge Leute, Angestellte, für Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben. Nachfragen in den Verwaltungsstellen. Viele Informationen zu den Wahlen sind im Internet zu finden: ► www.igmetall.de

Auch der DGB hält nützliche Informationen parat: ► www.betriebsrat-ist-besser.de Fragen werden über die Hotline der Gewerkschaften zur Betriebsratswahl beantwortet: 0180-2340 00 00 (Gespräche zum Ortstarif). ►



Foto: picture-alliance / dpa / Grimm

Arbeitsminister Müntefering, Kanzlerin Merkel: Große Koalition für Rentenklau

Rentenpanik

Gewinner sind die Versicherungen

Die Rente ab 67 Jahren ist die falsche Politik. Gefragt sind Alternativen und nicht Panik, die von der Versicherungsbranche geschürt wird.

Arbeitsminister Franz Müntefering kennt die Zahlen: 19 Prozent der Beschäftigten, die vor 65 in Rente gehen, können aus gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten, fand die Beratungsfirma Von Rothkirch heraus. Und: Lediglich acht Prozent der Befragten gaben an, dass ihre Arbeitgeber sie bis 65 Jahre beschäftigen wollen.

Trotz solcher Zahlen: Müntefering will das Renteneintrittsalter auf 67 erhöhen. Dabei nimmt er auch in Kauf, dass dies de facto einen Rentenklau bedeutet. Und zwar von 7,2 Prozent für alle, die heute jünger als 42 Jahre sind und mit 65 in den Ruhestand gehen.

Die Regierung befindet sich auf dem Holzweg, meint Winfried Schmähl, Professor am Zentrum für Sozialpolitik in Bremen. Die Pläne der Großen Koalition reihen sich ein in die Liste der bisherigen Rentenreformen. Laut Schmähl führten die Reformen der vergangenen Jahre aber lediglich dazu,

- die Einkommensverteilung im Alter immer ungleicher wird;
- die Altersarmut zunimmt;
- und die Einkommensbelastung durch die private Vorsorge steigt.

Viele Probleme des Rentensystems sind hausgemacht. Immer mehr Minijobs haben das Sozialsystem ausgehöhlt, weil Beitragszahler fehlen. Löhne und Gehälter sinken und damit auch die Beiträge.

Und nun sorgt auch noch die aktuelle Debatte für Verunsicherung. »Die Menschen bekommen den Eindruck, dass Rentenpolitik nach Tageslage gemacht und ständig

Privater Aufwand

So verdient die Versicherungsbranche an der Panikmache mit, – in Milliarden Euro –



Quelle: GDV, Foto: picture-alliance/dpa/Carstensen * Prognose

Einen regelrechten Boom erlebten die Versicherungen bei der privaten Altersvorsorge in den letzten 15 Jahren. Allein zwischen 1990 und 1995 haben sich die Beitragseinnahmen der privaten Lebensversicherungen mehr als verdoppelt.

nachjustiert wird«, kritisierte der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger. Das zerstöre das Vertrauen in einen wesentlichen Pfeiler unseres Sozialstaats.

Die derzeitige Panik sorgt somit vor allem für eins: Sie treibt die versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Scharen in die Hände der Versicherungsbranche. Die Lebensversicherungen melden für 2005 ein Plus von rund sechs Prozent. Die Studie, die unbeirrt behauptet, die Deutschen seien fürs Alter unterversichert, stammt vom Deutschen Institut für Altersvorsorge. Ein Institut, das von der Deutschen Bank und der Versicherungsgruppe Zürich finanziert wird.

Alternativen, wie sich die Probleme unseres Rentensystems lösen lassen, wurden bislang zu wenig öffentlich diskutiert. »Wenn man sich in der Sackgasse befindet, sollte man nicht auch noch die Geschwindigkeit erhöhen, sondern die Richtung ändern«, kommentiert der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters die Pläne der Großen Koalition. Ein solidarischer Richtungswechsel ist für Peters die Bürgerversicherung. Die Idee: In die Bürgerversicherung zahlen alle ein – auch Selbstständige und Beamte. So könnten die Beiträge in das Sozialsystem gesichert und gerecht verteilt und finanziert werden.

Auch die aktuelle Tarifrunde trägt dazu bei, das Rentenloch zu stopfen. Denn werden höhere Löhne gezahlt, fließen mehr Beiträge in die Rentenkasse.

Statt noch länger über längere Lebensarbeitszeiten zu reden, sollte altersgerechte Arbeit gefördert werden. Die Antwort der IG Metall: das Projekt »Gute Arbeit«. Das Projekt hat zum Ziel, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zu verheizen, sondern dafür zu sorgen, dass sie eben nicht als Invaliden, sondern gesund in Rente gehen. ◀

Susanne Rohmund

Die Alternativen der IG Metall

Mehr über die Alternativen der IG Metall wie die Bürgerversicherung, das Projekt Gute Arbeit sowie die aktuelle Tarifrunde unter:

- www.igmetall.de,
- www.arbeitnehmerbegehren.de,
- www.metall-tarifrunde-2006.de



Foto: picture-alliance / dpa / Karmann



Foto: Werner Bachmeier

Auch klirrende Kälte kann den Streikposten nichts anhaben. Sie spüren jeden Tag deutlicher, wie stark sie sind.

»Weg mit Straberg, **AEG bleibt**«

Seit dem 20. Januar 2006 bestreiken Arbeitnehmer das Nürnberger AEG-Werk (1750 Beschäftigte). Die Konzernspitze will es trotz schwarzer Zahlen platt machen und die Produktion nach Polen verlagern. Beschäftigte und IG Metall wollen das Werk erhalten, zumindest Abfindungen in Höhe von drei Monateeinkommen, eine Vorruhestandsregelung ab 53 und eine Qualifizierungsgesellschaft bis 2010 durchsetzen.

»Der harte Kern« – 11. Streiktag

Die Förderbrücke hoch oben zwischen Fabrik und Versand droht mahnend über der Muggenhofer Straße. Rund 8000 fertige Elektrogeräte – Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner – laufen da täglich durch. Jetzt ist Ruhe. Die mächtigen Drahtfenster an der Straßenfront wirken blind. Kein Blech schep-

pert drinnen, keine Motoren surren, keine Hand rührt sich in dem Werk.

Aber draußen. Die Muggenhofer Straße hat sich in eine Erlebnismeile verwandelt, mit riesigen Transparenten bunt geschmückt. Menschen in wärmenden Winterjacken und roten Plastikklebchen schüren Holzfeuer in Blechtonnen, lesen die neuesten »Streik-Nachrichten«, drängeln sich an Imbissständen. Es gibt Kuchen, Apfelsinen, Würstchen, Hähnchen, Baklava, alles Spenden aus der Stadt. Drinnen im Streikzelt rauschen auf einer Videoleinwand die aktuellen Fernsehnachrichten vorbei. Zwei Metallstanzen unverdrossen Streik-Buttons aus.

Die Bänke sind vollbesetzt, manche der Streikposten frühstücken jetzt. Zwei Partyzelte links und rechts neben Tor 4 wirken wie

Wachhäuschen. Das Tor ist zu. Die Metaller-Wachen lassen nur hohe Chefs und Beschäftigte von Fremdfirmen durch. Direkt davor steht ein kleines Podium mit einem Treppchen. Die Streikposten haben es aus Paletten zusammen gezimmert. Jürgen Wechsler, der Streikleiter und Nürnbergs Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall steigt gerade die Stufen rauf und berichtet, dass Electrolux wieder verhandeln will. »Ihr hier am Tor 4«, sagt Wechsler, »seid der harte Kern. Wenn Straberg hier Streikbrecher einschleusen sollte, ziehen auch wir die Eskalations-schraube an.«

Hans Straberg ist der schwedische Electrolux-Chef, der sich selbst als »Wettbewerbsmensch« sieht und Arbeitnehmer als Kostenfaktoren. Dass die auch streiken können, hat er wohl übersehen. Den Fehler muss er jetzt teuer bezahlen. Reporter und Fernsehfratzen reißen sich um Interviews mit Metallern, bis hin nach Schweden und in die Türkei sind die Zeitungen voll und Straberg schwitzt. Letzte Woche hat er sich in einem Zeitungsinterview mal Luft gemacht. »Mit jedem Produkt, das



Foto: picture-alliance / dpa / Karmann

Streikende in Nürnberg: Das Fass ist übergelaufen



Top-Organisation: Verpflegung für Streikposten ...



... Holzspenden zum feuern ...



... Solidarität aus ganz Europa ...



... Imbiss zwischendurch ...

wir in Nürnberg herstellen«, behauptete er, »verlieren wir Geld«, die Schließung sei eine Überlebensfrage für den Konzern. Das war gelogen, und Wechsler hat ihn umgehend korrigiert: »Electrolux macht Gewinne – auch in Nürnberg.«

Die Metallerinnen und Metaller haben Straberg satt. Vor ein paar Tagen, beim Streikbeginn, tauchte hinten am Tor 4 eine lebensgroße Puppe auf. An ihrem Bauch baumelte ein Schild, auf dem der Name »Straberg« stand. Flugs knüpften wütende Kollegen ihren Straberg an der Eisenbahnbrücke gleich gegenüber auf. Harald Dix, dem Betriebsratsvorsitzenden, ging das zu weit. Die Metaller banden Straberg daher wieder los. Jetzt steht die Puppe fünf Meter hinter dem Tor. Das Seil liegt immer noch um ihren Hals. Es ist, wie zur Warnung, an eine Feuerleiter geknüpft. Weiter vorne hat jemand auf die Fabrikwand gemalt: »Weg mit Straberg, AEG bleibt.«

Da kommen schon wieder Pkw mit Anhängern voller Brennholz aus der Stadt. Nürnberger Privat- und Geschäftsleute lassen sich nicht lumpen und helfen, wo sie können. »Kapitalismus abfackeln« ist auf manchen Stämmen aufgedruckt. Palt Darius, ein 31-jähriger Streikposten am Haupttor lacht. »Das müsst ihr fotografieren.«

Nein, brennen sollen hier nur die Holzscheite in den Tonnen. Bei den Minusgraden wärmt die Glut. Aber die Holzerei der Manager und deren Verlagerungswahn stehen hier

sichtbar unter Anklage. Das Fass scheint übergelaufen zu sein. »Hier zeigt sich die kalte Seite der Marktwirtschaft, die wir so nicht wollen«, hat Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly auf einer improvisierten IG Metall-Bühne erklärt. Die Soliwände im Streikzelt sind vollgepinnt mit Briefen. »Eigentum, das nicht produktiv ist«, hat ein

»Hier zeigt sich die kalte Seite der Marktwirtschaft, die wir so nicht wollen«

Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly

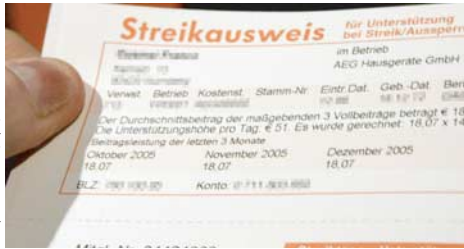
katholischer Betriebsseelsorger geschrieben, »besitzt keinerlei Rechtfertigung und stellt einen Missbrauch von Gott und den Menschen dar.« Das geht gegen die Shareholder. Hilft da Beten?

Das Nürnberger Sozialforum hat eine bessere Idee. Vor wenigen Tagen hat die Initiative vor dem Haupttor eine Ladung alter Waschmaschinen abgestellt, der Auftakt zu einem Käuferboykott. Die Initiative hat stapelweise Flugblätter verteilt. »Käufer streiken mit«, steht darauf zu lesen, »Jobkiller Electrolux. Ich kaufe nix.« Jetzt baumeln hunderte dieser Aufrufe an einer Wäscheleine, die vom Haupttor aus quer über die Muggenhofer Straße gespannt ist, wie Girlanden beim Straßenfest. Ja, ja, das Firmenimage ist arg strapaziert. Selbst

die Händler gehen auf Distanz. Seit das Management die Schließung mitgeteilt hat, berichtet Betriebsratsvorsitzender Dix, sei der Umsatz um 40 Prozent abgesackt. An der Qualität liegt es nicht. »Wir bauen gute Geräte«, sagt Streikposten Horst Wenzel und seine Augen blitzen dabei. Das sagt auch die Stiftung Warrentest. Im September hat sie Waschmaschinen getestet, und der Öko-Lavamat von AEG erhielt eine »zwei«. Wir arbeiten millimetergenau, sagt Wenzel, kein Schalter wackelt, die Fluchten stimmen, keine Dellen, perfekt. Ob Straberg das überhaupt interessiert?

Im Container der Streikleitung sitzt Husseyin Kaya (53), zwischen plärrendem Fernseher und Zeitungstapeln eingekleidet. Kaya ist Türke und freigestelltes Betriebsratsmitglied. »Ich bin kein Türke«, sagt Kaya, »ich bin IG Metaller« und seit 27 Jahren bei der AEG. Und jetzt soll er gehen? Nie wieder, sagt er, kriege ich einen Job. Aber Kaya hofft, jetzt, wo der Streik rollt. »Wenn der Sozialplan mit Hilfe des Streiks richtig teuer wird, bleibt das Werk bestehen.« Electrolux kalkuliert derzeit noch mit 240 Millionen Euro Schließungskosten, die Metaller wollen den Preis mit vernünftigen Sozialplänen auf 700 Millionen hieven, da wird Straberg weiter schwitzen.

Draußen läuft eine Schulklasse vorbei und Kaya muss los. Auf einer Hand stemmt er den Karteikasten mit den Namen der Metaller. Im Streikzelt wollen sie abstempeln, die Kollegen brauchen das Geld.



... Streikgeld von der IG Metall.



Betriebsrat Husseyin Kaja: »Ich bin IG Metaller«



Betriebsratsvorsitzender Dix, Streikposten am Tor 4: »Ihr seid der harte Kern«

Soviel ist es nicht, sagt Streikposten Palt Darius, aber immerhin. Manchmal sieht er einen unorganisierten Kollegen, »die erhalten nichts und sind verzweifelt«. Und wieviel kassiert Electrolux für den Gang nach Polen? In der Verwaltungsstelle der IG Metall haben sie gerade nachgerechnet und sind auf jährlich 48 Millionen Euro gekommen. Steuereinsparungen, EU-Subventionen, Lohndumping. Der IG Metall, hat Jürgen Wechsler erklärt, »liegen außerdem Unterlagen vor, dass die Electrolux-Geschäftsleitungen in Polen Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen massiv behindern«. Damit verstoße der Konzern gegen die ILO-Arbeitsnorm 87. Polen, das künftige EU-Mitglied, hat die Norm ratifiziert. Das hat Straberg, der Wettbewerbsmensch, auch übersehen. Ob ihm die schwedischen Wallenbergs, die die Mehrheit der Electrolux-Aktion halten, das noch lange durchgehen lassen?

»Ich bin stolz auf Euch« – 15. Streiktag

Der Frost ist klirrend. Ein Streikposten taut seine Trinkflasche über dem Holzfeuer auf, das Wasser ist zu Eismasse gefroren. Na und? Es wird viel gelacht an den verriegelten Toren. Die Streikposten spüren, wie stark sie sind. Heute morgen, bei der ersten Streikversammlung, haben sie sich das Angebot von Electrolux angehört und anschließend verbrannt. Es hätte einem Kollegen mit 20 Beschäftigungsjahren rund 40 000 Euro gebracht, minus 20

bis 30 Prozent Steuern und nach einem Jahr ohne Job dann die Anrechnung auf das Arbeitslosengeld 2 – danke, Hartz. »Die Welt von Lilliput« sei das, schimpfte Bayerns IG Metall-Bevollmächtigter Werner Neugebauer, »indiskutabel« sagen die Streikposten.

»Soll ich bei einer Verleihfirma anfangen?« Eine Metallerin mit Streikweste spricht in ein Mikrofon, dahinter surrt die Kamera. »Mit 46



Alte Geräte vor dem Haupttor: »Ich kaufe nix«

Jahren kriege ich nichts mehr, wir sind im Recht.« Zwei männliche Streikposten springen ihr bei. Sie haben sich zum Spaß mal umgesehen auf dem Arbeitsmarkt. »Du darfst nicht älter als 25 sein«, hat einer herausgefunden, »keine Familie haben und musst aufgeschlossen für die 40-Stunden-Woche sein, dann findest Du vielleicht einen schlechtbezahlten Job«. Und was machen die anderen? Horst Winkler, der »Europa-Manager« von Electrolux, hatte gestern ein Idee – der »Auf-

stand« in Nürnberg nervt den Mann zunehmend, so was habe es »noch nie« gegeben. Mit den Abfindungen, fand Winkler gestern auf einer Pressekonferenz, könnten die ausländischen Beschäftigten »zum Beispiel zurück in ihr Heimatland gehen oder ein Taxiunternehmen gründen«. Für die Streikenden eine Provokation. »Der Herrenmensch Winkler will eine paar Brösel fallen lassen«, meldete die Streikzeitung, »fast schon rassistisch.«

Heute kommt Peters. Auf der Muggenhofer drängeln sich die Streikenden, eingenebelt vom Qualm der Holzfeuer. Da drüben, richtig, ist er das nicht? Der Vorsitzende der IG Metall kommt aus Richtung Tor 4. Hunderte drängen jetzt, Peters in ihrer Mitte, ins beheizte Zelt. »Ihr wehrt Euch gegen das Menschen verachtende Verhalten einiger Schreibtischtäter«, sagt der oberste Metaller, »Ihr wehrt Euch dagegen, dass ein gesunder Betrieb dichtgemacht werden soll aus reiner Profitgier. Da bin ich stolz darauf.« Die jubelnden Trillerpfeifen sind so schrill, dass die Ohren schmerzen.

Am Tor 4 fegt ein Streikposten das vereiste Pflaster. »Die begreifen es schon noch«, murmelt er vor sich hin. Jaja, der Druck auf Electrolux wächst. Nächste Woche, rechnen die Streikposten, werden Electrolux in Polen die Teile ausgehen. Und selber produzieren können sie sie nicht? »Vielleicht in sechs Monaten«, lacht der Metaller, »aber soviel Zeit haben nur wir.«

Fritz Arndt

Hohes Einkommen

metall 1-2/2006: Mehr in die Taschen

► Auf dem Titelbild habt ihr den Rentner vergessen. Auch er ist Deutschland. Auch wir Rentner brauchen mehr Geld, nur wir können nicht streiken.

Adolf Rude, Saarbrücke



Foto: Frank Rumpenhorst

Tarifrunde 2006: Einkommen in der Diskussion

► Ich wäre übergelukkig, ein so hohes Monateinkommen zur Verfügung zu haben. Mir scheint die Redaktion ist ganz weit von der Basis der Gewerkschaftsmitglieder entfernt. Es gibt nicht wenige Familien, die mit der Hälfte und weniger auskommen müssen.

Werner Renner, Königstein

Anm. d. Red: Die Familie in unserer letzten Titelgeschichte wurde von vielen Lesern als untypisch kritisiert. Es gibt natürlich viele Familien, die mit weniger auskommen müssen, aber auch viele, die mehr haben. Das Budget unserer Beispielfamilie war Durchschnitt.

Bessere Auslastung

metall 1-2/2006: Wenn der Tag zur Nacht wird

► Das Magazin ist sehr inhaltsreich, auch wenn wenn ich Rentner bin und mir »nichts« mehr passieren kann. Mit dem Artikel über die Schichtarbeit kann ich mich nicht anfreunden. Aus meiner Sicht ist jede Tätigkeit irgendwie Schichtarbeit. Der Anteil einer sinnvollen Schichtarbeit lässt sich durchaus erweitern (ohne Erhöhung der Arbeitszeit) und damit auch Arbeitsplätze schaffen. Über den Tag erfolgt eine bessere Auslastung. Bis in den späten Abendstunden ist Bewegung auf den Straßen. Wenn alle sich anpassen sind die Probleme weitaus geringer als gegenwärtig.

Ulrich Grottkopp, Rostock

Interesse am Gewinn

metall 1-2/2006: Monatsökonom

► Aktien sind kein Kapital. Sie sind Anteile am Unternehmen. Der Aktionär ist Teilhaber eines Unternehmens und hat Interesse am Gewinn. Die Manager ha-

ben nicht Kapital vernichtet: Sie haben die Unternehmen uninteressant gemacht. Sie wissen, dass es Aktiengesellschaften bald nicht mehr gegeben wird.

Siegfried Barlach, Düsseldorf

Satte Mägen

metall 1-2/2006: Pflaume des Monats

► Wir leben eben in einem Land, in dem reiche Taugenichtse und Nichtstuer unsere Rente, unser Krankengeld und unseren Lohn auf den Bahamas oder in der Karibik verfressen und verjubeln. Wir Proletarier sind ja auch so zufrieden, wenn wir wissen, dass es unseren Parlamentariern gut geht und sie satte Mägen haben.

Eduard Klinkenberg, Stolberg

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner
Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Peter Pagel
Telefon 061 51-81 27-0,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: pagel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

»Gewerkschaftsarbeit ist ein sehr, sehr großer Teil meines Lebens geworden«

Ralf Bremer

»Erkennungszeichen blond«, hatte er gesagt. Ein Blonder auf dem Bahnhof Nordenham in einem der äußerten Zipfel Norddeutschlands? Und recht hatte er, denn so blond wie Ralf Bremer (40) ist sonst keiner. Die Wintersonne leuchtet auf goldene Strähnen im schulterlangen Haar, auf Sommersprossen, eine kecke Nase. Bremers Lachen ist ansteckend, sein Temperament eines, das man an der Unterweser nicht erwartet. Immer ist er in Bewegung. Auf dem Werksgelän-



Foto: Kristina Jentzsch

in die Modelle zur Steuer-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik eingearbeitet und ist überzeugt: »Die Menschen suchen nach einer politischen Alternative zum neoliberalen Mainstream.« Und: »Wir haben keine fertigen Antworten. Wir müssen nur die richtigen Fragen stellen.« Zum Beispiel, ob der Staat für die Menschen da sei oder für die Unternehmen: »Wir müssen uns fragen, wie wir in Zukunft leben wollen.«

Bremer ist kein Theoretiker: »Ich habe lieber mit praktischer Arbeit und mit Menschen zu tun.« Vor seinem ersten Tagesseminar, sagt er, habe er Lampenfieber gehabt: »Aber alles ging gut.« Maler und Lackierer hat er in einem Handwerksbetrieb gelernt, sich als Leiharbeiter in Süddeutschland verdingt, ehe er wieder in seine Heimat kam, 1989 bei Airbus in der Oberflächenbehandlung anfang und

nach einem Gespräch mit dem Betriebsrat in die IG Metall eintrat. Der Organisationsgrad bei Airbus liegt bei 70 Prozent. Damals, sagt er, sei er »ganz und gar unpolitisch gewesen«. Bis der Kampf um die Arbeitsplätze bei der Flugzeugwerft begann. Da hat er mitdemonstriert. Der rote Helm, den er damals trug, hängt noch in seinem Betriebsratsbüro, hoch oben auf der Spitze eines rotweißen Sonnenschirms.

Für Bremer ist die Gewerkschaftsarbeit »ein sehr, sehr großer Teil meines Lebens geworden«. Und wenn er wünschen könnte? Er denkt lange nach, faltet die Hände unter dem Kinn und lacht: »Eigentlich bin ich mit dem, was ich mache, sehr zufrieden.« Auf den Kaffeetassen mit Betriebsratsbüro steht geschrieben, was ihm auch im Stress wichtig ist: »Mensch bleiben.«

Anzeige

Zu Besuch bei

Ralf Bremer

metall-Autorin Heide Platen besichtigte mit ihm die Halle, in der das größte Passagierflugzeug der Welt gebaut wird.

de der Flugzeugwerft Airbus im Ortsteil Einswarden grüßt ihn jeder. Es scheint, als ob er alle rund 2700 Mitarbeiter ganz persönlich kennt. In der modernen, hellen Halle, in der das größte Passagierflugzeug der Welt A 380 gebaut wird, hängen die Schalen-sektionen, die Flugzeugkomponenten, die in Container verladen und in Toulouse in Frankreich zusammengesetzt werden. Eine riesige, hellgrüne Halbschale auf einem Gerüst ragt hoch auf, gerippt wie die Streben einer gotischen Kathedrale. Ralf Bremer blickt nach oben, deutet, zeigt: »Diese Halle ist so etwas wie meine Heimat.«

Ralf Bremer ist Stellvertretender Leiter des Vertrauenskörpers, seit 1998 im Betriebsrat. Seit 2005 ist er auch Teamer, einer, der nicht nur lernen, sondern auch anderen etwas beibringen kann. Er ist einer von 6000 Multiplikatoren, die die Konzepte vermitteln, die die Gewerkschaften seit dem »Arbeitnehmerbegehren – Für eine soziale Politik« 2004, dem Protest gegen Hartz IV und Agenda 2010, als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen entwickelt haben. Er referiert in Tages- und Wochen-seminaren über Themen wie: »Globalisierung – Eine Gesellschaft im Wandel«. Er hat sich



Kein Geld verschenken

Nur jeder zweite Beschäftigte nimmt Vermögenswirksame Leistungen in Anspruch, fanden Umfragen heraus. Dabei kann man sich bei dieser Art des Sparens Zulagen von Arbeitgeber und je nach Einkommen auch vom Staat sichern.

se einen Bausparvertrag, ein Kontosparen bei einer Bank, eine Kapitallebensversicherung, eine betriebliche Altersvorsorge oder einen Aktienfonds. Welcher Sparvertrag für wen geeignet ist, sollte jeder individuell mit seiner Bank klären. Das Geld muss allerdings für einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren angelegt werden. Sechs Jahre wird gespart, ein weiteres Jahr liegt das Geld dann noch fest. Sobald der Spar-

vielen Branchen gibt es einen Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen. Einige Arbeitgeber zahlen sogar freiwillig. Die Tarifdatenbank der IG Metall (www.igmetall.de) oder die Verwaltungsstellen geben Auskunft, wie viel Arbeitgeberbeitrag jedem zusteht. Die Arbeitgeberleistung beträgt maximal 40 Euro. Die Chefs der Metallindustrie wollen allerdings künftig nichts mehr zahlen (siehe hierzu auch Kasten).

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sich eine Arbeitnehmersparzulage vom Staat zu sichern. Die bekommt aber nur, wer die Grenze des zu versteuernden Einkommens nicht überschreitet. Die Grenze liegt zur Zeit bei 17900 Euro für Alleinstehende und 35800 Euro für Verheiratete. Es gibt unterschiedliche Förderhöhen. Die sind an die eingezahlte Sparsumme und an die Anlageform gekoppelt.

Die Sparzulage wird jährlich im Rahmen der Steuererklärung beim Finanzamt beantragt. Wenn die siebenjährige Sperrfrist für die Auszahlung der vermögenswirksamen Leistungen vorbei ist, wird vom Finanzamt der fällige Betrag überwiesen. ◀

Susanne Rohmund

Kaum eine Sparform lohnt sich so sehr wie das vermögenswirksame Sparen. Und kaum ein anderes Sparen ist so einfach: Die Beschäftigten schließen einen Sparvertrag ab. Beispielswei-

se einen Sparvertrag unterschrieben ist und der Arbeitgeber eine Kopie des Vertrags hat, geht's los: Zum Beispiel in der Metallindustrie überweist der Chef pro Monat 26,59 Euro – das sind im Jahr 319 Euro – auf das Sparkonto. In

»KEIN INTERESSE«

Seit 30 Jahren zahlen die Arbeitgeber der Metallindustrie vermögenswirksame Leistungen. Nun stellen sie sich quer.

Am 31. Januar 2005 ist der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen für die Metallindustrie ausgelaufen. Für IG Metall-Mitglieder wirkt er nach. Das heißt: Beschäftigte, die am 31. Januar Mitglied der IG

Metall waren, haben weiter Anspruch auf Leistungen. Die IG Metall versucht, mit den Arbeitgebern einen neuen Tarifvertrag zu schließen. Gesamtmetall hat jedoch »kein Interesse« an einer neuen Vereinbarung. Die IG Metall hatte einen Vorschlag gemacht, die vermögenswirksamen Leistungen künftig für die zusätzliche Altersvorsor-

ge zu nutzen – doch auch darauf sind die Arbeitgeber bislang nicht eingegangen. Selbst den Kompromissvorschlag der IG Metall, den bisherigen Tarifvertrag bis Ende dieses Jahres zu verlängern, lehnte Gesamtmetall ab. Die vermögenswirksamen Leistungen sind deshalb Bestandteil der derzeitigen Tarifrunde. ◀



RECHT so



metall: Die IG Metall steckt gerade in der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie. Das komplette Tarifvertragswerk wird dabei verhandelt. Was regeln Tarifverträge eigentlich und für wen gelten sie?



FOTO: HEIKE ROST

Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

DGB Rechtsschutzexperte Carsten Schuld: Tarifverträge regeln Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung, aber auch Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeit, Urlaubsanspruch, Sonderzahlungen, Probezeiten, Kündigungsfristen und Lohnfortzahlung. Ohne Tarifverträge würden nur die schlechteren gesetzlichen Regelungen gelten.

Grundsätzlich gelten Tarifverträge nur zwischen Unternehmen, die in einem Arbeitgeberverband organisiert sind oder einen Haustarifvertrag abgeschlossen haben, und Gewerkschaftsmitgliedern. Viele Arbeitgeber gewähren aber auch denjenigen Beschäftigten, die keiner Gewerkschaft angehören, auf freiwilliger Basis die tariflichen Leistungen. So versuchen sie zu vermeiden, dass sich mehr Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisieren. Außerdem ersparen sich die Arbeitgeber auf diese Weise die Mühe der individuellen Vertragsverhandlung. Wenn Unternehmen bisher gewährte Leistungen widerrufen, können nur Gewerkschaftsmitglieder auf den Tarifvertrag pochen und ihre tarif-

lichen Rechte einklagen. Da Tarifverträge den Arbeitnehmern umfassende Ansprüche verschaffen, treten zunehmend Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden aus oder neu gegründete Unternehmen gar nicht erst ein. In diesen Fällen können die Gewerkschaften versuchen, mit dem Arbeitgeber Haustarifverträge abzuschließen.

Nach Beendigung des Tarifvertrags wirkt dieser nach, bis eine neue Abmachung getroffen ist. Diese neue Abmachung sollte immer in einem neuen Tarifvertrag bestehen. Aber auch eine Änderung des Arbeitsvertrags gilt als neue Abmachung. Deshalb sollte man sich in einem solchen Fall vor Unterzeichnung eines neuen oder geänderten Arbeitsvertrags von seiner Gewerkschaft beraten lassen. ◀

► **Bei weiteren Fragen** rund um Ihren Rechtsschutz wenden Sie sich bitte an die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall.

+++ DAS SACHBUCH +++ DAS SACHBUCH +++ D

Mehr Durchblick

Sachbücher – ausgewählt von der Redaktion



Illegale

Wo Arbeit knapp ist, muss man sich nach der Decke strecken. Catalina, eine junge Frau aus Peru, scheitert zu Hause mit eigenen Berufsplänen und verdingt sich als Dienstmädchen in Argentinien. Illegal und ohne Rechte lebt sie in ständiger Angst, und ihre Dienstherrn nutzen ihre Situation nach Kräften aus. Eva Karnofsky berichtet vom schutzlosen Leben der Illegalen, die nicht nur in

Lateinamerika auf der untersten Stufe der sozialen Leiter stehen. **Eva Karnofsky: Besenammer mit Bett. Schicksal einer illegalen Hausangestellten in Lateinamerika.** Horlemann Verlag, 12,95 Euro. ◀

Klassiker

Das Buch »Der flexible Mensch« des amerikanischen Soziologen Richard Sennett ist erst acht Jahre alt, aber es ist längst zum Klassiker geworden. Sennett beschreibt die dramatischen Auswirkungen des globalen, flexiblen Kapitalismus auf die Arbeit und das Leben der Menschen. Jetzt in einer preiswerten Taschenbuch-Ausgabe.

Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berliner Taschenbuch Verlag, 8,90 Euro. ◀



Meldungen

Kinderbetreuung Bessere Absetzbarkeit

Alle steuerpflichtigen Familien, die Kinderbetreuungskosten haben, können künftig mehr Geld von der Steuer absetzen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sagt, wie sich die geplanten Neuregelungen auf den Geldbeutel auswirken: Auf der Internetseite (www.bmfsfj.de) gibt es Beispiele und Modellrechnungen. Fragen zu den Neuerungen werden außerdem montags bis donnerstags von 7 bis 19 Uhr am Servicetelefon 0180-19 07 050 beantwortet. Anrufe aus dem Festnetz kosten zwischen 9 und 18 Uhr 4,6 Cent, sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute. ◀

Metall- und Elektroberufe Prüfungs-Handbuch

Die Ausbildung in den industriellen Metall- und Elektroberufen ist komplett auf die neuen Berufe umgestellt. Es gibt viele Veränderungen, über die die Ausbilder, Ausbildungsbeauftragte, Prüfer, Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen informiert sein müssen. Das Prüfungs-Handbuch »Der betriebliche Auftrag – das Ticket für den Beruf« hat alle wichtigen Informationen zusammengestellt. Das Handbuch kostet fünf Euro (zuzüglich MwSt und Versand) und ist unter www.betrieblicher-auftrag.de oder bei den Verwaltungsstellen zu bestellen. ◀



»Wer schlecht informiert ist, wird häufiger operiert, falsch behandelt – und hat einfach schlechte Karten beim Doktor.«

Wissenschaftsautor Jörg Blech

schlechte Karten beim Doktor. Er wird ohne Not operiert oder Behandlungsmethoden unterzogen, die dem Patienten wenig nutzen – wohl aber zum Beispiel der Pharmaindustrie. **Jörg Blech: Heillose Medizin.** Büchergilde Gutenberg, 14,90 Euro. Oder im Fischer Verlag, 17,90 Euro ◀

Fernsehen mit so viel Treffsicherheit und Wut beschrieben. In fast allen Sendungen macht Bertram Schleichwerbung und Korruption aus – und einen Hang zum Boulevard-Journalismus, der vor nichts



Halt macht. Eine bittere Abrechnung, die überfällig war. **Jürgen Bertram: Mattscheibe.** Das Ende der

Fernsehkultur. Fischer Taschenbuch, 8,95 Euro. ◀

Tarifpolitik

Werden künftig immer mehr Arbeitsbedingungen im Betrieb ausgehandelt? Oder kann der Flächentarifvertrag seine Bedeutung halten? Auf der tarifpolitischen Konferenz der IG Metall im Herbst letzten Jahres wurden die Positionen analysiert und – bisweilen kontrovers

– diskutiert. Der Band zeigt in vielen Beispielen, wie qualitative Tarifpolitik etwa zu Innovation und Qualifikation ausseihen kann. **Berthold Huber/Oliver Burkhard/Hilde Wagner: Perspektiven der Tarifpolitik.** Im Spannungsfeld von Fläche und Betrieb. VSA-Verlag, 19,80 Euro. ◀

Transportmafia

Auf den Autobahnen ist die Hölle los. Schuld sind skrupellose Spediteure, die Fahrer wie Sklaven halten und mit Briefkastenfirma enorme Steuern hinterziehen. Ihr rücksichtslose Jagd um schnellere Zeiten gefährdet alle, die auf den Autobahnen unterwegs sind. Die Autoren, beide erfahrene Wirtschaftsjournalisten, decken die Mafiaschichten einer Branche auf, der Profit über alles geht.

Uli Röhm/Wilfried Voigt: Tatort Autobahn. Kriminelle Mafiaschichten im Speditionsweisen. Campus Verlag, 19,90 Euro. ◀



Medizin

Teuer, wirkungslos und fragwürdig – so schätzt der Wissenschaftsautor Jörg Blech einen Großteil der ärztlichen Behandlung ein. Nicht der medizinische Nutzen steht im Vordergrund, sondern Gewohnheiten, Irrtümer und allzu oft finanzielle Interessen. Jörg Blech rät, sich schlau zu machen. Denn wer nicht gut informiert ist, hat

Fernsehen

Fernsehkultur – gibt's die überhaupt noch? Wenn schon, dann doch in den öffentlich-rechtlichen Sendern. Oder? Liest man beim langjährigen NDR-Redakteur und Auslandskorrespondenten Jürgen Bertram nach, werden die eigenen Zweifel allerdings bestätigt. Kommerz bestimmt die Mattscheibe, und selten hat ein Kenner die Folgen dieses Wandels im

Gesundheit Fragen und Antworten

Das Bürgertelefon des Bundesministerium für Gesundheit hat neue Telefonnummern. Bei Fragen können sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an folgende Nummern wenden: Für Fragen zur Gesetzlichen Krankenversicherung: 01805-99 66 02; Fragen zur Pflegeversicherung 01805-99 66 03; Fragen zur gesundheitlichen Prävention 01805-99 66 09; und das Schreibtelefon für Gehörlose oder Hörgeschädigte ist unter 01805-99 66 07 zu erreichen. Kosten: 0,12 Euro pro Minute aus dem deutschen Festnetz. Sprechzeiten: montags bis donnerstags von 8 bis 20 Uhr. ◀

Senioren Urlaub am Fichtelberg

Der Senioren-Arbeitskreis der IG Metall Dresden bietet im Sommer einen Gruppenaufenthalt in Oberwiesenthal am Fuße des Fichtelbergs an. Unterkunft im Hotel »Am Fichtelberg«. Transfer ab Dresden oder auch eigene Anreise möglich. Termin vom 10. bis 19. Juli 2006.

Vom Hotel aus werden Wandermöglichkeiten rund um den Fichtelberg angeboten oder Ausflüge in die Umgebung; Kohleberg in Tschechien, nach Annaberg-Buchholz oder Freiberg/Sachsen. Informationen gibt es bei der IG Metall Dresden, Stichwort: Seniorenreisen, Schützenplatz 14, 01067 Dresden. ◀

Anzeige

metall und direkt 2005 – komplett auf CD-ROM



Mit Passwort für das metall-Online-Archiv im Internet

Artikel	Bestell-Nr.	Einzelpreis	Anzahl	Summe
CD-ROM 2005	111-11729	9 Euro*	___*	___ Euro*
CD-ROM im Doppelpack 2004/2005	1881-12233	12 Euro*	___*	___ Euro*
Dreierpack CD-ROM 2003/2004/2005**	1881-12229	15 Euro*	___*	___ Euro*

zuzüglich Versandkosten, ** solange Vorrat reicht

Gesamtpreis

► Die CD-ROM enthält: alle metall-Ausgaben des Jahrgangs 2005 einschließlich: Regional- und Lokalseiten ► alle direkt-Ausgaben des Jahrgangs 2005 mit: Grafiken, ► Sonderausgaben, ► außerdem alle Ausgaben des Jahrgangs 2005 von: IT-Magazin, ► Branchenmagazin Kfz Handwerk. Auf der CD-ROM: Inhaltsverzeichnis und Volltextsuche. Software Acrobat Reader. Alle Seiten können im Originallayout ausgedruckt werden. Die CD-ROM läuft unter Windows 9x oder höher/NT und Mac.
► Bestellungen an: IG Metall-Vertrieb, ► E-Mail: vertrieb@igmetall.de, ► Internet: www.igmetall.de/metall/vertrieb/cdrom.html, ► Fax 069-66 93-25 38, ► Lieferung gegen Rechnung

Monatsrätsel...

fester Monatslohn	Darstellung von Zahlen Ereignis		Körperteil	ehemaliges Maß d. Luftdrucks (Abk.)	beruflicher Mitarbeiter	Blume Arzneimittel	freundlich, lebenswürdig
				Getreidefrucht			
	7		Zukunftstraum weit nach unten				14
Wechselbürgerschaft				Trick			
Vorderste		4		Stadt im Erzgebirge	11		
			deutscher Jugend-schriftsteller, † 1912	Stadt an der Etsch Windrichtung		Gezeiten-differenz	
Sprengstoff (Abkürzung)		altfranz. Hofnazi italien. Adria-hafen					Zuckerherstellungs-rest
amerik. Wort d. Zustimmung	Unterhalt f. Studenten Metall				kurz für: in dem Stadt an der Ems		
			englisch: dichter Nebel	Boden, Untergrund Zweiergruppe	12		
		deutsche polit. Partei Gewicht der Hüllen		nordische Totengöttin			
selten		15		Kampfbahn german. Schriftzeichen	10		
Wort für: dasselbe							13
frz. Modeschöpfer † (Christian)	Stadt in Indien jap. Kimonogürtel				bibl. Monogramm Papagei		3
			Planet Flächenmaß (Abk.)				
Verkehrsmittel (Kzw.) US-Bürger (ugs.)		6		ranken-der Weinstock	9		
		1				5	
			Zeit-alter, Abschnitt				
				2			

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 28. Februar 2006 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Dezember 2005: Überbrückungsgeld

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder fünf IG Metall-Autosicherheitswesten als Extrapreis.

Zusätzlich verlosen wir zwei IG Metall-Fußbälle

Der Zusatzgewinn im Dezember 2005: Je ein IG Metall-Fußball geht an: Helmut Schlump, Rot am See Uwe Pietsch, Winkel

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: Drei Übernachtungen für zwei Personen im Hotel Alpenhof in Kirchberg/Tirol

2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis: Eine Ortlieb-Fahrradtasche Bike Packer und eine Ortlieb-Lenker-tasche Ultimate 4

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 3

1	2	3	4
NA	K	L	AN
U	LE	RS	SW
E	CH	IN	TS

Die Balken sind etwas durcheinander geraten. Stellen Sie sie in richtiger Reihenfolge auf, damit Sie dann, fortlaufend in drei Zeilen, den ersten und zweiten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels ablesen können.

Lösungsspruch Teil 10 bis 12:

Wer noch lebt, sage nicht niemals, das sichere ist nicht sicher, so wie es ist, bleibt es nicht

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 1-2 und 3 auf eine Postkarte schreiben und bis 31. März 2006 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei Hauptpreise gewinnen. Und als Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 51 Euro.

Die ACE-Klubmitgliedschaft gewinnt: Bernd Weiland, Essingen

Unsere Gewinner des Drei-Monats-Rätsels Teil 10 bis 12/2006

- Preis: Heinrich Fahrendorf, Salzbergen
- Preis: Dieter Seidel, Potsdam
- Preis: Ernst Stapel, Wolfsburg

habemat® Küchen

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, dass er während seiner Betriebszugehörigkeit zur Firma habemat-Küchen nicht als Gewerkschaftsmitglied gelistet ist, bzw. während dieser Zeit keine Mitgliedschaft eingehen wird.

Anzeige in der
»Südwest-Presse«,
Ulm

Isoliermonteur:
49 Jahre alt, suche
Anstellung als Isolierer.
Jahrelange Erfahrung in
Armaflex u. Blechmontage.
Arbeite 5 Monate umsonst!
Näheres unter Tel.
0173- [REDACTED]

Passus aus einem
Arbeitsvertrag
(befristet) der Firma
habemat-Küchen, Melle



Titelblatt einer
Zeitschrift
für Wirtschaft
und Praxis

GEMEINDE EITORF Bürgermeister

Paradiesische Zustände für Ihr Unternehmen in Deutschland?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie wünschen sich für Ihre Produktion Mitarbeiter ohne Tarifbindung, bereit zu Mehrarbeit nach Ihren Erfordernissen? Mitarbeiter, die als bereits eingespielte Teams einsetzbar und äußerst flexibel sind? Sie meinen, das gibt es nur im Ausland?

Doch warum in die Ferne schwoifen, wenn das Gute ist so nah? Diese Mitarbeiter finden Sie in Deutschland, besser gesagt in der Gemeinde Eitorf im Rhein Sieg-Kreis. Durch die beabsichtigte Schließung der Fabrik der Schouller Woll in Eitorf droht vielen Menschen hier die Arbeitslosigkeit. Doch die Menschen in Eitorf wollen arbeiten und etwas leisten. Deshalb gehen diese Menschen ungewöhnliche Wege. Als Bürgermeister unterstütze ich diese Bemühungen nach Kräften.

Mit freundlichen Grüßen

R. Storch
Dr. Rüdiger Storch

Schreiben des Eitorfer Bürgermeisters Storch (FDP) an Firmen

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von metall-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



Höherer Lohn, bessere Konjunktur

HEINER FLASSBECK ÜBER SINNVOLLE LOHNERHÖHUNGEN

Foto: Privat



Das Theater um die Lohnrunde 2006 hat noch nicht richtig begonnen, doch die Rolle des Schurken im Stück ist bereits vergeben. Die Gewerkschaften haben mit ihrer Forderung von bis zu fünf Prozent die Chancen für eine beschäftigungswirksame Runde schon vertan, so immer noch die fast einhellige Meinung der deutschen »Experten« und der Medien. Dass Forderungen kein Abschluss sind, lassen zwar die meisten noch gelten. Dass der deutsche Arbeitsmarkt aber weiterhin Reallohnzuwächse brauche, die deutlich hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleiben, damit sich in Sachen Arbeitslosigkeit endlich etwas bewege, wird nur von wenigen »Ketzer« in Frage gestellt.

Noch immer regiert in Deutschland der vom Bündnis für Arbeit erfundene Gedanke, man könne und müsse den Produktivitätsfortschritt »vorrangig für die Beschäftigung reservieren«. Das jedenfalls ist die Position der Arbeitgeber, die zwar von einer Produktivitätsorientierung der Löhne sprechen, dabei aber immer die Nominallöhne meinen und einen Inflationsausgleich ablehnen.

Erstaunlich nur, dass uns weder die »Experten« noch die Arbeitgeber vorführen, wie Lohnzurückhaltung in der Vergangenheit gewirkt hat. Es hat ja in der Tat massive

Lohnzurückhaltung in Deutschland gegeben. In den letzten 25 Jahren, also etwa seit Beginn der Ära Kohl, sind die Reallohnzuwächse in Deutschland, inklusive des ostdeutschen Aufholprozesses, um 18 Prozentpunkte hinter dem Anstieg der Produktivität zurückgeblieben. Zum Vergleich: In den USA sind die Reallöhne in diesem Zeitraum »nur« um elf Prozentpunkte hinter der Produktivität zurückgeblieben, in Großbritannien um lediglich vier Punkte. Besonders

auffällig sind die letzten Jahre. Seit 2000 hat in Deutschland ein Großversuch in Sachen Lohnzurückhaltung stattgefunden, wie er in keinem anderen Land der Welt zu beobachten war. Die Produktivität nahm um acht Prozent zu, aber die Arbeitnehmer gingen vollkommen leer aus: Reallohnanstieg gleich Null.

Auch hier haben uns andere erstaunlicherweise vorgemacht, wie man die Beschäftigten beteiligt: In Euroland ohne Deutschland stiegen im gleichen Zeitraum die Produktivität um knapp vier Prozent und die Reallöhne um fünf Prozent. In den USA wurden die Reallöhne um zehn Prozent angehoben – bei einer Pro-

Plädoyer für eine sozialere Wirtschaft

»Nur wenn Arbeit sich lohnt, können mehr Güter abgesetzt werden.«

Sein Lebenslauf

Heiner Flassbeck (55), studierte Volkswirtschaftslehre. 1980 bis 1986 arbeitete er im Bundesministerium für Wirtschaft, 1986 bis 1990 war er Konjunkturforscher im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, 1998 bis 1999 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Seit 2000 ist er bei der Unctad in Genf.

Sein aktuelles Buch

»Fünfzig einfache Dinge, die Sie über unsere Wirtschaft wissen sollten« – In diesem Buch begründet der promovierte Ökonom Heiner Flassbeck, warum eine sozialere Marktwirtschaft möglich ist, die ohne Amputationen des Sozialstaats auskommt. Ob Rente, Gesundheit, Binnenmarkt, Arbeitsmarkt, Finanz- oder Steuerpolitik, Flassbeck, Direktor der Abteilung für Globalisierung und Entwicklungsstrategien bei der Unctad, zeigt wirtschaftliche Alternativen zu den herrschenden Lehrmeinungen auf.



Das neueste Buch von Heiner Flassbeck erscheint ende März im Westend Verlag. Preis: 19,90 Euro.

duktivitätszunahme von gut 13 Prozent. In Großbritannien stiegen die Reallöhne um sage und schreibe 15 Prozent, während die Produktivität nur um zehn Prozent zulegte. Das Ergebnis: Alle Länder mit einem Reallohnanstieg nahe der Produktivitätslinie waren in Sachen Wachstum und Arbeitsmarkt besser als Deutschland, weil nicht nur der Export die Erholung der Konjunktur trug, sondern auch die inländische Nachfrage.

Was ist in Deutschland schief gelaufen? Produktivitätszuwachs in einem Jahr heißt, dass wir die gleiche Gütermenge wie zuvor mit weniger Beschäftigten herstellen können. Oder aber, das ist die offensive Variante, mehr Güter werden mit der gleichen Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern produziert. Um mehr Waren abzusetzen, müssen die Unternehmen aber mehr Nachfrage haben.

Wenn die Reallöhne jedoch nicht steigen und die Unternehmen trotzdem nicht sofort mehr Arbeitskräfte einstellen, was passiert dann? Dann steigt eben die Nachfrage nicht in ausreichendem Maße, um die bei gleicher Beschäftigung mögliche größere Gütermenge abzusetzen. Die Unternehmen

entlassen Arbeitskräfte. Das Beste, was bei steigender Produktivität also passieren kann, ist, dass die Realeinkommen aller Konsumenten genau so stark steigen. Nur wenn Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes lohnt, ist gesichert, dass die größere Gütermenge auch abgesetzt werden kann und die Zahl der Beschäftigten nicht sinkt. Mehr Beschäftigung kann man aus dem Produktivitätszuwachs, der ja nichts anderes als die gesamtwirtschaftliche Rationalisierung bedeutet, nicht machen. Lohnzurückhaltung im Sinne zurückbleibender Reallöhne aber gefährdet selbst die bestehende Beschäftigung, weil die Nachfrage zu wenig steigt. Die Forderung, die Produktivität müsse für die Beschäftigung reserviert werden, klingt gut, sie hat aber weder die Erfahrung noch die Logik auf ihrer Seite.

Übrigens, »Entlassungsproduktivität« ist zu Recht zum Unwort des Jahres ge-

wählt worden. Entlassungsproduktivität ist nicht nur ein Unwort, sondern auch sachlich schlichter Unsinn.

Jede Zunahme der Produktivität ist nämlich potenziell ein Entlassungsgrund, weil ja, wie bereits oben erwähnt, definitionsgemäß bei einer höheren Produktivität immer die gleiche Produktmenge mit weniger Arbeitskraft hergestellt werden kann.

Deswegen ist eine Unterscheidung zwischen guter und schlechter Produktivität, wie es die deutschen Erfinder der Entlassungsproduktivität tun, überhaupt nicht möglich, son-

dern schwarze Magie. Wird allerdings der Produktivitätszuwachs konsequent zur Erhöhung der Reallöhne und damit der Nachfrage eingesetzt, ist er immer gut. Der Grund: Der Produktivitätszuwachs erhöht unseren Wohlstand, und das von allen Seiten zu hörende Gerede von der schlechten Produktivität erübrigt sich. ◀

»Lohnzurückhaltung im Sinne zurückbleibender Reallöhne gefährdet selbst die bestehende Beschäftigung.«

